Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt — **Burscheider Zeitung** — **für die Stadtgemeinde Burscheid**

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungsbeilage (Donnerstag), Die Zeit im Bild (Freitag), Landmanns Sonntagsblatt (Samstag)

Nr. 65 — Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 — **Burscheid, Donnerstag, 17. März 1932** — Postscheckkonto 28571 Köln, Fernsprech-Anschluß Nr. 431 — **72. Jahrgang**

Unruhen in Moerfelden

Das Wolffbüro berichtet: In dem hessischen Städtchen Moerfelden, das eine kommunistische Mehrheit im Gemeindeparlament und auch einen kommunistischen Bürgermeister hat, kam es zu großen Unruhen, weil seit Wochen die Erwerbslosen keine Unterstützung mehr erhalten haben. Mittwoch morgen wurden zwei Beamte des Kreisamts nach Moerfelden entsandt, von denen einer als Kommissar eingesetzt werden sollte. Bei ihrem Eintreffen in Moerfelden hatten sich zahlreiche Kommunisten vor dem Rathaus eingefunden, die die Kreisamtsvertreter daran hinderten, das Rathaus zu betreten. Die Kommunisten hatten sämtliche Telephonleitungen durchschnitten. Eine größere Schupo-Abteilung aus Darmstadt wurde bei ihrem Eintreffen mit einem Hagel von Steinen empfangen. Die Polizei mußte schließlich mehrere Schüsse abgeben.

Unsere Stellung zum Donauplan

Die deutsche Stellungnahme zu den französischen Vorschlägen über die Sanierung des Donauraumes geht davon aus, daß sich die Reichsregierung in der Beurteilung der Dringlichkeit einer entschlossenen Hilfsaktion für die notleidenden Donaustaaten mit der französischen Regierung in voller Uebereinstimmung befindet.

Das französische Memorandum nimmt Bezug auf den Bericht des Finanzausschusses des Völkerbundes über die Finanzlage Oesterreichs und Ungarns, der die Aufmerksamkeit der Regierungen dieser beiden Staaten auf die Notwendigkeit gelenkt habe, sobald wie möglich mit gewissen Nachbarländern engere wirtschaftliche Beziehungen herzustellen. Deutscherseits wird darauf hingewiesen, daß der Finanzausschuß des Völkerbundes bei seiner Empfehlung einer wirtschaftlichen Annäherung Oesterreichs und Ungarns an ihre Nachbarstaaten und an andere Staaten von der Erkenntnis ausgegangen sei, daß die genannten Länder zu ihrer wirtschaftlichen Gesundung einer Erweiterung ihres Absatzmarktes bedürften. Wenn die französische Regierung glaube, ein ähnliches Bedürfnis auch bei den übrigen Ländern des Donaugebietes feststellen zu können, so könne die Reichsregierung dieser Auffassung hinsichtlich der überwiegend agrarischen Donaustaaten Rumänien, Jugoslawien und Bulgarien nur zustimmen.

Die deutsche Regierung ist immer der Meinung gewesen, daß die beste Lösung zur Ueberwindung dieser Schwierigkeiten die Schaffung eines Wirtschaftsraumes wäre, der nach seiner Größe und seiner wirtschaftlichen Struktur den Absatz der landwirtschaftlichen Ueberschüsse aus den südosteuropäischen Agrarstaaten innerhalb seiner Grenzen sicherstellt. Dieses Ziel würde jedoch lediglich durch eine Zusammenfassung der Donauländer unter sich, wie dies französischerseits vorgesehen wird, nicht erreicht werden können. Vielmehr wird ein solcher Wirtschaftsraum auch die großen landwirtschaftlichen Zuschußgebiete Europas mitumfassen müssen. Ein auf die Donaustaaten beschränkter wirtschaftlicher Zusammenschluß würde überdies für die gleichfalls stark bedrohte deutsche Wirtschaft eine schwer erträgliche Verengung ihres Absatzmarktes zur Folge haben.

Mit der Verwirklichung der durchgreifenden Lösung durch Schaffung eines solchen großen europäischen Wirtschaftsraumes wird jedoch nicht sobald gerechnet werden können, wie dies für eine rechtzeitige Hilfe unerläßlich ist. Deutschland hat deshalb seinerseits nach Wegen gesucht, auf denen die notwendige rasche Abhilfe gegenüber dem gegenwärtigen außergewöhnlichen Krisenzustand geschaffen werden kann, ohne einer späteren Gesamtlösung vorzugreifen.

Schon die italienische Regierung hat in ihrer, nach Auffassung der Reichsregierung durchaus zutreffenden Beurteilung der Lage darauf hingewiesen, daß in der schwierigen Situation Oesterreichs und Ungarns ein Gefahrenmoment liegt, dessen Beseitigung vordringlich erscheint.

Oesterreich kann nach Auffassung der deutschen Regierung eine wirksame und rasche Hilfe dadurch gewährt werden, daß, entsprechend der Anregung des Finanzausschusses des Völkerbundes, seine Nachbarländer und andere Staaten für die Aufnahme der österreichischen Ausfuhr bevorzugte Bedingungen schaffen.

Ungarn und den übrigen Donaustaaten mit überwiegend agrarischer Erzeugung wird ebenfalls zunächst dadurch eine wesentliche Erleichterung gebracht werden können, daß ihre Getreideüberschüsse von den europäischen landwirtschaftlichen Zuschußgebieten unter günstigeren Bedingungen aufgenommen werden. Diese beiden Maßnahmen entsprechen insbesondere völlig den Vorschlägen, die von der französischen Regierung selbst am 16. Mai 1931 in dem sogenannten „Construktiv-Plan" dem Europa-Ausschuß des Völkerbundes mit dem Ziele einer sofortigen und unmittelbaren Hilfe für Oesterreich und die Agrarländer des Donauraumes vorgelegt wurden.

Auch die Reichsregierung sieht in einer Einigung aller beteiligten Staaten auf der Basis dieser Vorschläge den besten Weg für eine rasch wirksame Hilfe für die in Frage kommenden Donauländer. Sie hat sich in ihrer Antwort auf den Appell Oesterreichs bereits vorbehaltlos auf diesen Boden gestellt. Sie hat überdies ebenso wie die französische Regierung die praktische Verwirklichung der Vorschläge durch Abschluß von Verträgen mit Ungarn und Rumänien über die bevorzugte Abnahme von Getreide aus diesen Ländern schon in Angriff genommen. Sie ist im gleichen Geiste der Hilfsbereitschaft und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bereit, sich an der weiteren internationalen Behandlung dieser Frage zu beteiligen.

Ebenso wie der italienischen Regierung erscheint es schließlich auch der Reichsregierung nicht zweckmäßig, den vorgesehenen Meinungsaustausch auf die Vertreter der interessierten Donaustaaten zu beschränken. Da das dringendste Erfordernis darin besteht, den notleidenden Donauländern den Absatz ihrer Erzeugnisse auf aufnahmefähigen europäischen Märkten zu erleichtern, könne man sich von Abmachungen der Donaustaaten untereinander einen durchgreifenden Erfolg nicht versprechen. Es liege vielmehr gerade im Interesse der Donauländer selbst, bei dem Gedankenaustausch von vornherein die Vertreter der Hauptabsatzländer, insbesondere Frankreichs, Englands, Italiens und Deutschlands hinzuzuziehen.

Die Besprechungen in Genf

Aus Genf, 16. März, wird berichtet: Die Besprechungen über den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Donauländer sind heute im Kreise der interessierten Delegationen weiter gepflogen worden. Tardieu, der noch bis morgen hier bleibt, hat in diesem Zusammenhang auch den Wunsch geäußert, hier in Genf mit deutschen Vertretern über diese Frage zu sprechen. Um dem zu entsprechen, halten sich hier zwei Vertreter der deutschen Regierung auf, nämlich Ministerialdirektor Dr. Posse und Legationsrat von Heeren. Es sind für heute nachmittag und Donnerstag vormittag Besprechungen mit der französischen Delegation vereinbart worden. Der italienische Delegierte, de Michelis, der mit Tardieu gestern eine längere Aussprache hatte, ist heute wieder nach Rom zurückgekehrt, um Mussolini Bericht zu erstatten. In französischen Delegationskreisen wird angenommen, daß nunmehr auf Grund dieser Aussprache die italienische Regierung ihre Stellungnahme der französischen Regierung bald unterbreiten wird. Auf französischer Seite wird erneut erklärt, daß die englische Regierung im Prinzip dem Plan zugestimmt habe. Deutscherseits dürfte in den Besprechungen mit Nachdruck geltend gemacht werden, daß irgendwelche Präferenzabmachungen innerhalb der Donaustaaten, an denen auch die Tschechoslowakei beteiligt werde, für Deutschland nur dann annehmbar seien, wenn Deutschland gleichfalls in dieses System einbezogen werde. Ferner steht man deutscherseits auf dem Standpunkt, daß auch Bulgarien in den Plan einer wirtschaftlichen Neuorganisierung der Donauländer einbezogen werden muß. Die deutschen Vertreter hatten im Laufe des heutigen Tages verschiedene Besprechungen mit Vertretern der Donaustaaten.

Französische Blätter über die Schwierigkeiten

Die Schwierigkeiten, die sich offenbar für den französischen Plan einer Donauföderation ergeben haben, veranlaßt den Sonderberichterstatter des „Matin" in Genf zu folgenden Aeußerungen: Selbst im Rahmen der kleinen Entente sei es bisher nicht gelungen, sich über eine gute regionale Verteilung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion zu verständigen. Wenn es sich nun gar noch um Ungarn handele, so trete die politische Seite gegenüber der wirtschaftlichen noch mehr in den Vordergrund. Selbst wenn es dem Lande, das allein in der Angelegenheit selbstlos sei, nämlich Frankreich, gelingen würde, ein Vorzugszollsystem auszuarbeiten, das den Donauländern erlauben würde ihre Produktion abzusetzen, so bestünden jetzt die Schwierigkeiten der Kreditbeschaffung. Das habe auch Tardieu eingesehen. Das wahre Heilmittel sei in der Beschaffung von billigen Krediten zu erblicken. Dieses Problem sei schon vor einem Jahre sehr schwer lösbar gewesen und alle Verhandlungen über die landwirtschaftlichen Kredite seien angesichts der geforderten hohen Zinsen von 10 Prozent, 12 Prozent und 14 Prozent gescheitert. Diese Schwierigkeiten hätten sich jetzt nur noch verschärft.

Der Sonderberichterstatter des „Excelsior" in Genf gibt zwar zu, daß die Entente der Donauländer noch nicht verwirklicht worden sei, will aber behaupten können, daß im Laufe der von Tardieu gestern in Genf geführten Verhandlungen es gelungen sei, gewisse Schwierigkeiten auszugleichen und die Ansichten einander näher zu bringen, so daß man bereits für diesen Sommer eine Konferenz der Donauländer voraussehen könne, an der Deutschland, Frankreich, England und Italien teilnehmen würden.

Zwischen den Wahlen

Spätere Reichstagstagung wegen der Landtagswahlen?

Dadurch, daß der Termin für die Neuwahl des Preußischen Landtags auf den 24. April festgesetzt worden ist, ist es zweifelhaft geworden, ob der Reichstag, wie ursprünglich vorgesehen, am Dienstag, dem 12. April, wieder zusammentreten kann, denn auch die Mitglieder des Reichsparlaments wollen agitatorisch in den Landtagswahlkampf eingreifen. Andererseits drängt jedoch die Arbeit am Reichsetat, der am 1. Juli in Kraft treten soll. Das Reichstagspräsidium ist deshalb der Ansicht, daß der Reichstag sehr wohl am 12. April zusammentreten könne, um in einer kurzen Tagung die erste Lesung des Reichshaushaltsplanes zu erledigen und ihn dem Haushaltsausschuß zu überweisen. Wie das VDZ.-Büro hört, wird der Aeltestenrat des Reichstages nach Ostern zusammentreten, um über den Termin des Wiederbeginnes der Reichstagsverhandlungen Beschluß zu fassen.

Dank des Reichspräsidenten an die Hindenburg-Ausschüsse

Der Reichspräsident empfing den Arbeitsausschuß der Vereinigten Hindenburg-Ausschüsse, Landrat a. D. Gereke, Graf Westarp, Generalmajor von Winterfeldt sowie Staatssekretär z. D. Dr. Kempner und sprach ihnen und allen in den Hindenburg-Ausschüssen tätigen Damen und Herren seinen herzlichen Dank für die so aufopfernd geleistete Arbeit aus.

Nationalsozialistische „Kampfkundgebung"

Aus Weimar, 16. März, wird gemeldet: Am Dienstagabend veranstalteten die Nationalsozialisten in der kürzlich eingeweihten Weimar-Halle eine „Kampfkundgebung". Der Gauleiter von Thüringen, Landtagsabgeordneter **Sauckel**, richtete unter Bezugnahme auf die Tätigkeit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses und auf das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl an den thüringischen Staatsminister Baum die Aufforderung, das Bündnis mit den Sozialdemokraten zu lösen und dem Lande wieder eine „nationale Regierung" zu geben.

Dr. Frick sprach sich über seine Vernehmung im parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Landtages von Thüringen aus und bezeichnete seinen Versuch, Hitler die Staatsangehörigkeit durch Uebertragung einer thüringischen Beamtenstelle zu verschaffen, als durchaus legalen Staatsakt.

Dr. Goebbels befaßte sich ebenfalls mit dem Ergebnis der Reichspräsidentenwahl und mit dem Brief des Reichsinnenministers Dr. Groener an Hitler. Weiter gab er Aufklärung über den Zwischenfall im Reichstag, wo er von der Partei der Deserteure gesprochen habe.

Adolf Hitler forderte als letzter Redner die Massen zur Wiederaufnahme des Kampfes um die Macht in Deutschland auf. Er werde diesen Kampf niemals aufgeben, „man müßte ihn denn vorher töten".

Der Stahlhelm zum zweiten Wahlgang

In einer Stellungnahme des offiziellen Pressedienstes des Stahlhelm wird zum Ergebnis der Reichspräsidentenwahl u. a. erklärt:

„Der Reichspräsident von Hindenburg hat am 13. März 18.5 Millionen Stimmen auf sich zu vereinigen vermocht. Von der nächst höchsten Stimmenziffer, der des nationalsozialistischen Parteiführers Hitler, trennen ihn mehr als sieben Millionen. An der absoluten Mehrheit fehlen nur knappe 200 000 Stimmen. Wir sind nicht Demokraten und Formalisten genug, um zu bestreiten, daß damit Hindenburg praktisch den Sieg im Wahlkampf errungen hat. Ein zweiter Wahlgang könnte kein anderes Ergebnis zeitigen. Er ist damit, selbst wenn er aus formellen Gründen stattfinden muß, politisch bedeutungslos geworden. Wenn also eine Möglichkeit besteht, um die Formalität des zweiten Wahlganges herumzukommen, so haben wir dagegen nichts einzuwenden, obgleich unser grundsätzlichen Bedenken gegen eine etwaige Verquickung der Präsidentschaftsfrage mit parlamentarischen Entscheidungen unverändert fortbestehen."

Der Entschluß, sich keiner nationalsozialistischen Parteidiktatur zu unterwerfen, bleibe richtunggebend bestehen.

Keine neuen „Wahlblocks"

Eine Mitteilung des „Deutschen", wonach der Bundeskanzler des Stahlhelms sich nach München begeben habe, um Hitler zur Aufgabe seiner Kandidatur für den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl zu bewegen, sowie die Nachricht, daß Admiral von Schröder als gemeinsamer Kandidat der „Nationalen Opposition" in Aussicht genommen sei, trifft, wie von den Pressestellen des Stahlhelms und der Deutschnationalen Partei mitgeteilt wird, nicht zu.

Die Nationalliberale Korrespondenz meldet: Verschiedene Blätter verbreiten die Meldung, die Deutsche Volkspartei werde gemeinsam mit der Staatspartei, der Wirtschaftspartei, dem Landvolk und den Konservativen einen Wahlblock für die preußische Wahl bilden. Davon kann gar keine Rede sein. Die Deutsche Volkspartei wird in voller Selbständigkeit in den Wahlkampf gehen.

Die Reichsgeschäftsstelle der Volkskonservativen Vereinigung teilt mit, daß der Standpunkt der Vereinigung, sich an irgendwelchen formalen Sammlungsbestrebungen nicht zu beteiligen, unverändert geblieben ist, und daß daher alle in bezug auf die Volkskonservative Vereinigung in dieser Hinsicht in der Presse veröffentlichten Nachrichten nicht zutreffen.

Gegenüber der Meldung, daß die Landvolkspartei über die Bildung eines bürgerlichen Wahlblocks für die Preußenwahlen verhandelt habe, stellt die Landvolkpartei laut Berliner Börsenzeitung fest, daß sie an solchen Verhandlungen in keiner Weise beteiligt war.

Keine Hinaufschiebung des Wahlalters in Preußen

Zur Frage der Hinaufsetzung des Wahlalters in Preußen verlautet von sozialdemokratischer Seite, daß die Sozialdemokratische Fraktion gegen den Gesetzentwurf der Wirtschaftspartei stimmen würde, wenn dieser im Landtag zur Verhandlung kommen sollte. Da der Gesetzentwurf aber erst nach Abschluß der Haushaltsaussprache zur Beratung gestellt werden soll, und die Haushaltsberatung voraussichtlich auch die Freitagssitzung noch ausfüllen wird, so nimmt man an, daß, wenn der Landtag, wie vorgesehen, am Freitagabend seine Tagung abschließt, der wirtschaftsparteiliche Gesetzentwurf überhaupt nicht mehr zur Verhandlung kommt. Unter diesen Umständen scheint eine Hinaufsetzung des Wahlalters durch den gegenwärtigen Landtag nicht mehr in Frage zu kommen.

Abrüstung vertagt

ohne Inangriffnahme ihrer Hauptaufgaben

Dem Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz legte **Henderson** den vom Büro gefaßten Beschluß vor,

die Konferenz bis zum 11. April zu unterbrechen.

Henderson begründete diesen Beschluß damit, daß durch die Tagung der außerordentlichen Völkerbundsversammlung die Arbeiten der Abrüstungskonferenz eine beträchtliche Störung erfahren hätten, und daß es insbesondere dem Hauptausschuß nicht möglich gewesen sei, durch Klärung grundsätzlicher Fragen die technischen Ausschüsse mit genügend Arbeitsstoff zu versehen.

An die Erklärungen Hendersons, die nur mühsam die Tatsache verdeckten, daß in den Arbeiten der Abrüstungskonferenz ein völliger Stillstand eingetreten ist, schloß sich eine Aussprache.

Tardieu stimmte dem Vorschlage zu, lehnte aber die Verantwortlichkeit Frankreichs für den jetzt eingetretenen Stillstand ab und sprach den Wunsch aus, daß der politische Ausschuß sich alsbald nach Wiederzusammentritt der Konferenz mit dem französischen Plan befassen möge.

Botschafter Gibson legte einen formulierten Antrag vor, wonach vom 11. April an zunächst lediglich der Hauptausschuß bezw. der politische Ausschuß Sitzungen abhalten sollen, bis die Prinzipien soweit geklärt sind, daß die technischen Ausschüsse in ersprießlicher Weise ihre Arbeiten aufnehmen können.

Der englische Delegierte schloß sich den Ausführungen Gibsons vollkommen an.

Botschafter Nadolny betonte, daß der Arbeitsplan auch hinsichtlich der großen grundsätzlichen Fragen bereits durch die von dem Berichterstatter des Hauptausschusses aufgestellte Uebersicht über die einzelnen Vorschläge vorgezeichnet sei, und daß man zweckmäßig an diesem Plan festhalte.

Die Vorschläge des Präsidiums und der amerikanischen Delegation wurden von der Versammlung einstimmig angenommen.

In seinem sehr kritisch gehaltenen Schlußwort dankte **Henderson** den Delegationen für ihre bisher geleistete Arbeit, wobei er allerdings feststellen mußte, daß

die Konferenz leider noch nicht an die großen, ihr gestellten Aufgaben in den vergangenen Wochen herangegangen sei.

Die nächste Sitzung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz findet am 11. April, 11 Uhr vormittags, statt.

Getreide- und Mehlvorräte in Mühlen und Lagerhäusern Ende Februar 1932

Die im Deutschen Reiche lagernden Getreide- und Mehlvorräte in zweiter Hand sind erstmalig für Ultimo Februar 1932 durch das Statistische Reichsamt ermittelt worden. Nach dem Stande vom 29. Februar wurde folgende Getreide- und Mehlmenge in Lagerhäusern und Mühlen festgestellt:

	inl. Herkunft	ausl. Herk. verzollt	ausl. Herk. unverzollt
Weizen	437 000 t	72 000 t	32 000 t
Roggen	199 000 t	25 000 t	134 000 t
Hafer	129 000 t	500 t	700 t
Gerste	128 000 t	22 000 t	29 000 t
Weizenbackmehl	140 000 t	8 000 t	200 t
Roggenbackmehl	59 000 t	1 600 t	100 t

Die Getreide bei den Landwirten (in erster Hand) sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

Große Aussprache im Landtag

Im Preußischen Landtag wurde ohne Aussprache endgültig mit allen gegen die Stimmen der Nationalsozialisten verabschiedet ein Initiativgesetzentwurf der Regierungsparteien, wonach in Aenderung des preußischen Wahlgesetzes

beim Ausscheiden eines Abgeordneten nicht mehr automatisch der Listennachfolger in den Landtag

eintreten soll. Vielmehr bleibt es den Parteien überlassen, wen sie als Nachfolger benennen. Annahme fanden auch Anträge des Beamtenausschusses, in denen u. a. die

Wiederherstellung der ruhegehaltsfähigen Stellenzulagen für landliche Lehrer

verlangt wird.

Die politische Debatte

leitete **der Sozialdemokrat Szillat** ein, der eine Rechtfertigung der preußischen Regierungskoalition in der Tatsache erblickte, daß selbst in dieser Krisenzeit ein echt gedeckter Etat vorgelegt sei. Er verlangte, daß die Regierung sich schleunigst beim Reich für die Gemeinden einsetze, weil sonst jede geordnete Finanzpolitik in Deutschland unmöglich würde.

Dr. von Winterfeldt (Dn.)

forderte entschiedene Stellungnahme gegen die Vergewaltigung des Deutschtums im Memelande und kritisierte die preußische Minderheitsschulpolitik. Weiter warf er der Regierung Knebelung der freien Meinungsäußerung vor. Der Etat sei für die Deutschnationalen unannehmbar. Abg. **Letterhaus (Zentr.)** meinte, das Zentrum wünsche Zusammenfassung aller positiven Kräfte zu gemeinsamer Arbeit für das Vaterland, scheue aber nicht die Abwehr der gegen „das System" gerichteten Angriffe. Das Zentrum verneine die Frage, ob man dem wild zusammengelaufenen Haufen der Unzufriedenen bei den Nationalsozialisten die Macht in Deutschland überlassen könne. Abg. **Schwenk (Komm.)** sprach von einer Bilanzverschleierung im neuen Etat und griff die Sozialdemokratie an. **Dr. Neumann (DVP.)** meinte, daß die Realsteuersenkung nicht aufrecht erhalten werden könne und eine weitere Erhöhung der Bürgersteuer drohe. Was die Regierungsparteien bisher als ihren Ruhm hingestellt hätten, müßten sie jetzt wieder streichen. Abg. **Schmitt (Landvolk)** vertrat besonders die Interessen des flachen Landes unter Betonung der Erzielung höherer Agrarpreise und forderte Einstellung jeder Tributzahlung. Abg. **Ruschke (Staatspartei)** betonte, daß erst die Geschichtsschreibung feststellen könne, was Höpker-Aschoff für die preußischen Finanzen geleistet habe. Den Nationalsozialisten, die sowohl den Arbeitern wie der Schwerindustrie alles Gewünschte versprächen, hielt er doppelte Moral vor und sagte, daß sie die Wegbereiter des Bolschewismus seien. Preußen dürfe nicht Tummelplatz des Radikalismus werden. **Der Wirtschaftsparteiler Großke** hob hervor, daß seine Partei seit jeher gegen die unerhörte Ausgabenwirtschaft in Reich, Ländern und Gemeinden angekämpft habe. Die starke radikale Bewegung sei die Quittung für die falsche Politik.

Die Weiterberatung wurde auf Donnerstag vertagt, wo auch der wirtschaftsparteiliche Antrag auf Heraufsetzung des Wahlalters auf der Tagesordnung steht.

Eigentumsvergehen im neuen Strafrecht

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages nahm Bestimmungen der

Vorlage über die Unterschlagung, die unberechtigte Aneignung, den Haus- und Familiendiebstahl

unverändert an, doch wurde der Unterausschuß mit der Prüfung der Frage betraut,

ob der Diebstahl unter Ehegatten unter allen Umständen strafbar oder straflos

sein soll, oder ob die Strafwürdigkeit nur dann bewiesen sein soll, wenn ein Ehegatte plötzlich mit dem gesamten Mobiliar ausrückt. Die Kommunisten beantragten Straflosigkeit für den sogenannten

Mundraub,

d. h. für die Entwendung von Nahrungs- oder Genußmitteln und Gegenständen des persönlichen oder hauswirtschaftlichen Bedarfs. Der Vertreter des Reichsjustizministeriums bekämpfte den kommunistischen Antrag unter Hinweis darauf, daß der Bestohlene häufig auch ein armer Mann oder ein Arbeitskollege sei. Uebrigens mache die Vorlage schon die Strafverfolgung von dem Verlangen des Bestohlenen abhängig, und das Gericht könne in besonders leichten Fällen ganz von Strafe absehen. Nach der Kriminalistik spielt ferner

der Notdiebstahl nur eine ganz nebensächliche Rolle.

1928 seien insgesamt 61 000 Personen wegen Diebstahls verurteilt worden, davon nur 403 wegen Notdiebstahls. Der Antrag wurde abgelehnt.

Unveränderte Annahme fanden die Strafbestimmungen über Raub, Erpressung und Wucher.

Bei der Behandlung des Abschnittes

„Betrug und Untreue"

beschloß der Ausschuß, für besonders schwere Betrugsfälle Zuchthaus bis zu fünf Jahren vorzusehen. Eine besondere strafrechtliche Bestimmung gegen die „Krediterschleichung" wurde jedoch als nicht notwendig erachtet, weil der Betrugsparagraph schon nach der bisherigen Rechtsprechung ausreiche, um alle Kreditdelikte auf das ernsteste zu bestrafen.

Der preußische Handelsminister über die Wirtschaftsprüfer

In einer im Preußischen Landtag eingebrachten Kleinen Anfrage hatte die Zentrumsfraktion es gerügt, daß der Wirtschaftsprüfer Dr. Eicke von der Handelskammer Frankfurt a. M. in einem Bericht über die Sparmöglichkeiten bei der Stadtverwaltung Gelsenkirchen-Buer ausländische Maschinen empfohlen habe. In dem Gutachten habe es u. a. geheißen, trotz aller Anstrengungen der deutschen Industrie (Krupp-Essen und Ankerwerke-Bielefeld) sind die amerikanischen National-Registrierkassen unbedingt die besten. Das Staatsministerium wurde um Auskunft ersucht, was der Handelsminister zu tun gedenke, um die Reklame für amerikanische Maschinen durch amtliche Wirtschaftsprüfer zu verhindern.

Der preußische Handelsminister hat jetzt folgende Antwort erteilt: Die Wirtschaftsprüfer sind Angehörige eines freien Berufsstandes, die sich in dem Institut der Wirtschaftsprüfer zu Berlin zusammengeschlossen haben. Das Institut wacht ebenso wie die Industrie- und Handelskammer des Wohnsitzes des Wirtschaftsprüfers darüber, daß dieser seine Pflichten nicht verletzt, andernfalls wird von ihnen gegen den Wirtschaftsprüfer das Verfahren auf Widerruf seiner Bestellung eingeleitet. Den genannten Organen habe ich Kenntnis von dem Vorfall gegeben.

Energische Note

der Signatarmächte der Memel-Konvention an Litauen

Aus Genf, 16. März, wird gemeldet: Aus Kreisen der Signatarmächte der Memel-Konvention verlautet, daß die Signatarmächte entschlossen sind, noch heute eine sehr energisch gehaltene Note an die litauische Regierung zu richten, worin diese aufgefordert wird, im Memelgebiet durch Einsetzung eines Direktoriums, das das Vertrauen der Bevölkerung genießt, für verfassungsmäßige Zustände zu sorgen.

Die Note soll die Warnung enthalten, daß die Signatarmächte sich unter Umständen gezwungen sehen könnten, Litauen wegen Bruches der Memel-Konvention vor dem Haager Gerichtshof anzuklagen. Die Note soll einen außergewöhnlich scharfen Charakter tragen. England, Frankreich und Japan haben bereits ihre Zustimmung erteilt. Die italienische Zustimmung wird noch erwartet, ist aber gleichfalls sicher.

Die Note soll in sehr entschiedenem Tone darauf hinweisen, daß die Versuche der Bildung eines Landesdirektoriums im Memelgebiet im Widerspruch stünden zu den Bestimmungen der Memel-Konvention und den Beschlüssen des Völkerbundsrates vom Februar dieses Jahres. Die litauische Regierung wird weiter aufgefordert, das Direktorium gemäß den festgelegten Verpflichtungen zu bilden.

Eine spätere Meldung berichtet:

Die angekündigte Note der Signatarmächte ist, wie von beteiligter Seite verlautet, Mittwoch nachmittag in Kowno durch einen Kollektivschritt der Mächte überreicht worden.

Der Fernost-Konflikt

Der von der Völkerbundsversammlung eingesetzte Zwischenausschuß für den ostasiatischen Konflikt wird Donnerstag nachmittag in öffentlicher Sitzung die Vertreter Chinas und Japans anhören. Es handelt sich, wie verlautet, um die Schanghaier Verhandlungen wegen der Auslegung der letzten Entschließung der Völkerbundsversammlung.

Wie von zuständiger Stelle in Tokio mitgeteilt wird, wird die Regierung den auf der Grundlage der Völkerbundsentschließung vom 11. März formulierten Vorschlag über die Beilegung des Fernost-Konfliktes billigen und militärische Sachverständige in Schanghai beauftragen, Einzelheiten eines Uebereinkommens auszuarbeiten.

Entgegen allen bisherigen Erwartungen hat sich nach einer Meldung aus Tokio Ministerpräsident Inukai entschlossen, das Amt des Innenministers zu übernehmen. Infolgedessen wird keine weitere Veränderung im japanischen Kabinett eintreten.

USA. gegen die Anerkennung der neuen mandschurischen Regierung

Aus Washington, 16. März, wird gemeldet: Im Staatsdepartement wurde heute erklärt, daß weder Amerika die mandschurische Regierung anerkennen werde, noch daß es angesichts des Artikels II des Neunmächte-Paktes für irgendeine Signatarmacht zulässig erscheine, diese Regierung als legitime Vertretung der mandschurischen Provinzen Chinas anzuerkennen.

Der Haushalt der Post

Keine neuen Gebührensenkungen

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost ist in Berlin zu einer mehrtägigen Sitzung zusammengetreten, die zunächst der Beratung des

Postetats für 1932

gewidmet war. Reichspostminister Dr. Schätzel, der den Etat einbrachte, konnte feststellen, daß

die Post als einzige Verwaltungsbehörde im Reich zurzeit einen Etat aufstellen könne.

Wenn auch die Finanzlage der Post infolge der rückläufigen Betriebsentwicklung sehr angespannt sei, sei

das Fundament der Post gesund.

Sie verfüge bei einem Gesamtvermögen von 2,5 Milliarden lediglich über eine Schuldsumme von 500 Millionen. Der Voranschlag für 1932 schließt in Einnahme und Ausgabe mit rund 1,8 Milliarden Mark ab gegenüber 2,2 Milliarden im Vorjahr. Auch der Vorjahrsetat war aber durch nachträgliche Kürzungen schon auf 2 Milliarden herabgesetzt worden.

Die Ablieferung an das Reich ist mit 239 Millionen vorgesehen.

Zur Deckung des Defizits muß erstmalig die Rücklage in Angriff genommen werden, und zwar sollen von den 100 Millionen Mark zunächst 40 Millionen in Anspruch genommen werden.

Die Ausgaben

mußten auf allen Gebieten weiter eingeschränkt werden. Alle Sachausgaben, einschließlich der fachlichen Betriebskosten, also ohne die Personalkosten, sind auf 390 Millionen gegenüber 510 Millionen im Vorjahre veranschlagt. Die Mittel für Neuanlagen im Fernsprechwesen sind dabei von 114 auf 62 Millionen gekürzt worden. Die Ausgaben für Bauten sind auf etwa 30 Millionen gegen 70 im Vorjahre herabgesetzt.

In der Aussprache spielten auch die in der Oeffentlichkeit laut gewordenen Wünsche auf eine Senkung weiterer Postgebühren, namentlich der Telephon- und Rundfunkgebühren, eine Rolle. Der Postminister gab die strikte Erklärung ab, daß angesichts der Finanzlage der Reichspost

weitere Gebührensenkungen untragbar

seien. Diese Auffassung wurde von der Mehrheit des Verwaltungsrates anerkannt. Mit weiteren Gebührensenkungen ist also bis auf weiteres nicht zu rechnen. Mit der Spezialfrage der

Rundfunkgebühren

wird sich der Verwaltungsrat noch am Donnerstag beschäftigen. Auch hier ist aber keine Gebührensenkung zu erwarten, zumal die Bestimmungen über die Gebührenbefreiung für Erwerbslose schon jetzt liberal gehandhabt werden.

Der Etat für 1932 wurde vom Verwaltungsrat verabschiedet.

Der Verwaltungsrat befaßte sich dann mit den

Abfindungsverträgen,

die mit Bayern und Württemberg wegen der Ueberlassung der Posteinrichtungen der Länder an die Deutsche Reichspost abgeschlossen werden sollen. Die Beratungen darüber sind noch nicht abgeschlossen.

Botschaftsrat von Twardowski aus dem Krankenhaus entlassen

Die Telegraphen-Agentur der Sowjet-Union meldet aus Moskau: Botschaftsrat von Twardowski ist in Anbetracht normalen Heilungsverlaufes seiner Verletzung aus dem Kreml-Hospital entlassen worden.

Rationalisierung

Auf Einladung des Langnamvereins (Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen) hatten sich im Stahlhof zu Düsseldorf zahlreiche Stadtverordnete und andere interessierte Persönlichkeiten der westdeutschen Wirtschaft zu einer Aussprache unter dem Vorsitz von Rechtsanwalt Vielhaber (Essen) eingefunden. Auf Grund einleitender Ausführungen von Dr. Eicke (Frankfurt a. M.), der zurzeit mit einem Reorganisationsplan für die Stadtverwaltung Oberhausen beauftragt ist, und von Dr. van Aubel, Direktor der Wirtschaftsberatung Deutscher Städte A. G. (Berlin) wurde die Frage der Rationalisierung der kommunalen Verwaltungen und Unternehmungen der Gemeinden beraten und als einer der wesentlichsten Faktoren für die Senkung der öffentlichen Lasten herausgestellt.

Dr. Eicke wies darauf hin, daß

eine Stadtverwaltung als geschlossener Organismus aufzufassen

sei und daß daher nur die Reorganisation der gesamten Verwaltung einer Stadt den Verpflichtungen der Dienststellen und Betriebe gerecht werden könne. Wenn man von zwei Hauptgruppen, Hoheitsverwaltung und Unternehmungen, ausgehe und die erste in

fünf „Arbeitskreise"

einteile, so komme man auch in den größten Städten mit fünf Dezernenten oder Beigeordneten aus, während in den Städten mit weniger als 100 000 Einwohnern ein Beigeordneter zwei oder mehr Arbeitskreise übernehmen könne. Vor bedingung sei natürlich, daß

die Beigeordneten nur nach dem fachlichen Können und nicht etwa nach der Parteizugehörigkeit ausgewählt

werden. Als notwendig und möglich wird weiter eine

organisatorische Umstellung des Schulwesens,

insbesondere auch eine Vereinfachung bei den Berufs- und Fachschulen. Scharfe Kritik erfuhr der übliche

unwirtschaftliche Wohlfahrtsapparat,

der es verschulde, daß häufig die gleiche Familie von vier verschiedenen nebeneinander arbeitenden Dienststellen und innerhalb einzelner Dienststellen womöglich noch von verschiedenen Fürsorgepersonen betreut werde.

Die finanziellen Einsparungen,

die Dr. Eicke auf Grund seiner Vorschläge errechnet hat, sind überraschend hoch. So beziffert er allein bei den Hoheitsverwaltungen zweier bestimmter Städte mit 180 000 und 330 000 Einwohnern die jährliche Ersparnis auf 1 730 000 bezw. 3 425 000 Mark. Dazu kommen die gleichfalls

hohen Einsparungen bei den städtischen Unternehmungen,

die sich z. B. allein bei den Versorgungsbetrieben (Gas, Wasser, Elektrizität) der an zweiter Stelle genannten Stadt auf jährlich 650 000 Mark bekaufen. Diese Beträge lassen sich ohne weiteres, d. h. ohne Beeinträchtigung der Aufgaben nur durch Rationalisierung der Verwaltungen einsparen. Wäre hier früher durchgegriffen worden, so hätte manche Steuererhöhung vermieden werden können; um so dringender erhebt sich nun die Forderung, rasch zu handeln, um zu retten, was noch zu retten ist.

Die von Dr. van Aubel eingeleitete Aussprache ergab Hinweise u. a. auf die Wichtigkeit periodischer

„Ueberholungen",

denen die öffentlichen Betriebe ebenso unterzogen werden müssen wie die Privaten und auf die Kleinarbeit, die in vielen Fällen gerade zu den größten Erfolgen führe.

Strawn Gast der Berliner Handelskammer

In der Industrie- und Handelskammer zu Berlin fand ein Empfang zu Ehren des Präsi-

Leuten der amerikanischen Handelskammer in Washington, Mr. Silas Strawn, statt, an dem u. a. der amerikanische Botschafter Mr. Sackett und Reichswirtschaftsminister Warmbold teilnahmen. Franz von Mendelsohn begrüßte Strawn, indem er auf die schwierige wirtschaftliche Lage, die eine nachhaltige internationale Zusammenarbeit erfordert, hinwies und die Bedeutung der Vereinigten Staaten für Deutschland hervorhob. Strawn antwortete mit einem warmen Bekenntnis zur internationalen Zusammenarbeit der Wirtschaft. Er wies darauf hin, daß Deutschland der zweitbeste Abnehmer amerikanischer Waren im Auslande jahrelang war, und daß die Erhaltung der Wirtschaft in einem Lande von der wirtschaftlichen Bedeutung wie Deutschland für die ganze Welt höchst bedeutungsvoll sei. Er betonte, daß er bei einer Sitzung der Internationalen Handelskammer in Paris die deutschen Reparationen als eine der hauptsächlichsten Gründe für die Stagnation des Handels und für die wirtschaftliche Depression bezeichnet habe.

*

Nach einer Meldung der Associated Preß hat sich Strawn, nach seinem Empfang durch den Reichskanzler Dr. Brüning folgendermaßen geäußert:

Ich habe selten einen Mann getroffen, der so die ganze internationale Lage beherrscht, wie den deutschen Reichskanzler. Ich habe einen außerordentlich starken Eindruck von seiner Persönlichkeit und seinem Können empfangen.

Dänemarks Landesverteidigung

Aus Kopenhagen wird gemeldet: Eine Vorlage für Neuregelung des Landesverteidigungswesens, die mit den Stimmen der Regierungsparteien und der gemäßigten Linken gegen die Konservativen durchgeführt werden wird, basiert auf dem Normalbudget von 24 Millionen Kronen. Hierin sind die Ausgaben für Anschaffung und Erneuerung von Kriegsmaterial einbegriffen. Der Generalstab wird dem Generalkommando unterstellt. Die Truppenabteilungen werden in zwei Divisionen zusammengefaßt. Der Landsturm wird abgeschafft. Es sollen alljährlich 8 000 Mann einberufen werden. Außerdem sollen 2 000 Mann sogenannter Garnisontruppen einberufen werden. Diese Garnisontruppen, die auf Grund freiwilligen Eintritts aufgebracht werden sollen, sind dazu bestimmt, den größten Teil des Wacht- und Arbeitsdienstes zu übernehmen. Die Infanterie wird in acht Regimenter eingeteilt. Die Ausbildungszeit beträgt fünf Monate. Die Zahl der Unteroffiziere und Offizierschüler wird von zehn auf zwölf Prozent erhöht. Die Zahl der aktiven und Reserveoffiziere wird stark eingeschränkt. Die Musikkorps werden abgeschafft, mit Ausnahme desjenigen der Leibgarde.

Die Bestimmungen über die Seewehr (Marine) besagen u. a., daß die drei jetzt vorhandenen Panzerschiffe in kampffähigem Zustande gehalten, aber nicht erneuert werden sollen. Außer diesen drei Schiffen und anderem älteren Schiffsmaterial wird die Flotte 16 Torpedo- und Unterseeboote, ein Minenschiff und ein Luftfahrzeug umfassen. Die Marinemannschaften sollen hauptsächlich aus Freiwilligen rekrutiert werden, doch kann auch Zwangseinberufung erfolgen. Die Ausbildung dauert vier bis zehn Monate. Das Budget des Marineministeriums beträgt 11.5 Millionen Kronen jährlich.

USA. für ein Verbot von Waffenlieferungen an kriegführende Staaten

Im Auswärtigen Ausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses gelangte ein Antrag zur Annahme, der der Regierung der Vereinigten Staaten empfiehlt, jedem auf der Abrüstungskonferenz beschlossenen Pakt beizutreten, der durch das Verbot von Waffenlieferungen an kriegführende Staaten eine Erweiterung und Verstärkung des Kellogg-Paktes darstellt.

Herriot über Frankreichs Finanz- und Außenpolitik

Auf einer Sitzung des radikalen Bezirksvereins in Paris hielt Herriot eine Rede über Finanz- und Außenpolitik. Ohne die Hilfe der Radikalen, erklärte er u. a., wäre die Finanzreform in Frankreich nicht durchgeführt worden. Er kritisierte dann scharf die Finanzpolitik der Regierung und die Unterstützung, die diese verschiedenen Unternehmungen habe angedeihen lassen.

Frankreich habe Ungarn 343 Mill. Franken geliehen, zweifellos, damit dieses Waffen dafür kaufe. Diese 343 Millionen seien an eine Bank ausgezahlt worden. Der Staat verfüge also nur über die Quittung dieser Bank.

Die Regierung habe alle zur Verfügung stehenden Gelder verausgabt. Man habe somit ein Defizit von 7 bis 8 Milliarden Franken. Die dafür verantwortlichen Männer würden gehen müssen, sobald die Linke die Regierung übernommen haben werde. Auf die Außenpolitik übergehend, kam Herriot dann auf

die Ruhrpolitik des Jahres 1924

zu sprechen. Foch habe ihm erklären lassen: „Wenn Sie morgen die Ruhr räumen, werden Sie Frankreich einen großen Dienst erweisen. Die Truppen, die dort stehen, sind in Gefahr." Die französischen Nationalisten, fuhr Herriot fort, hätten den

Dawesplan

zerrissen und den

Youngplan

ausgearbeitet, der nichts eingebracht habe. Dieselben Männer, die den Dawesplan zerrissen und das Rheinland besetzt hätten, hätten dagegen die interalliierten Schulden ohne Gegenleistung anerkannt. Sie griffen Briand an, ohne es zu wagen, sich von ihm abzukehren. Diese Doppelsinnigkeit dürfte nicht geduldet werden.

Herriot sprach zum Schluß den Wunsch aus, daß die kommenden Kammerwahlen eine Linksmehrheit ergeben möchten.

Kleine polit. Nachrichten

Die deutsche Gruppe der Interparlamentarischen Union

wählte am Mittwoch den Zentrumsabgeordneten Joos zum zweiten deutschen Mitglied des Interparlamentarischen Rates. Das andere deutsche Mitglied ist schon Reichstagspräsident Löbe. Weiter wurde in der Sitzung der Abrüstungsentwurf des Aktionsausschusses der Interparlamentarischen Union besprochen. Der Entwurf geht in seinem Inhalt weit hinaus über den der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz. Er wird auf einer Interparlamentarischen Konferenz noch eingehend beraten werden.

Zuchthaus- und Gefängnisstrafen und Ehrverlust wegen Mißhandlung politischer Gegner

In Görlitz verurteilte das Schnellgericht den Matrosen Muscalla zu einem Jahre Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust, den Arbeiter Ulbert und den Dachdecker Gumpert zu je einem Jahr Gefängnis und je drei Jahren Ehrverlust, den Arbeiter Petzold und den Fensterputzer Herold zu je neun Monaten Gefängnis und je zwei Jahren Ehrverlust. Die drei ersten Angeklagten wurden in Haft genommen. Die vier ersten Angeklagten gehören der Kommunistischen Partei an und hatten Zettelverteiler der NSDAP. am Vorabend der Reichspräsidentenwahl überfallen und mißhandelt.

Selbstmord eines politisierenden Schülers. Aus Peine wird gemeldet: In Hohenhameln hat sich ein Schüler des Landeserziehungsheims und Mitglied der Hitler-Jugend, der 17jährige Untersekundaner Glahn, erhängt. Nach dem Bekanntwerden des Reichspräsidentenwahlergebnisses hatte sich Glahn in zynischer Weise über den Reichspräsidenten, der am besten beseitigt würde, geäußert. Als er, so heißt es in einer Conti-Meldung, von seinem Direktor zur Rede gestellt, seine frevelhafte Auffassung aufrecht erhielt, teilte ihm der Anstaltsleiter mit, daß er das Erziehungsheim verlassen müsse. Kurze Zeit darauf fand man Glahn in einem Nebengebäude erhängt.

Kriminalfälle

Der angebliche Anschlag auf den D-Zug München—Berlin

Zu dem angeblichen Attentat auf den D-Zug München—Berlin, in dem sich Hitler und Dr. Frick befunden haben, hören wir aus Kreisen der Reichsbahnhauptverwaltung, daß sich der Zwischenfall ziemlich harmlos aufgeklärt hat. Die Untersuchung ergab, daß die Beschädigung des Wagens nicht von einer Kugel, sondern von einem Stein herrührt. Vermutlich stammt der Stein von einem Fußballwettkampf, der zurzeit des Vorüberfahrens des Zuges in der Nähe stattgefunden hat.

Der Student Pfleghaar auf freien Fuß gesetzt

Aus Göttingen, 15. März, wird gemeldet: Der Student Pfleghaar, der unter dem Verdacht verhaftet worden war, den Diebstahl des Königsmantels im Anthropologischen Institut ausgeführt zu haben, hat beweisen können, daß er sich die Verletzung an der Hand, die ihn außer der Lücke in seinem Alibi verdächtig gemacht hatte, bei einem Göttinger Schuhmacher zugezogen hat. Da ihm nichts nachzuweisen war, daß er irgendetwas mit dem Diebstahl zu tun hat, ist er aus der Haft entlassen worden.

Ein Meistertaschendieb

Aus Alexandria wird berichtet: Ein Beamter der Geheimpolizei merkte plötzlich in einer Straßenbahn, daß ihm seine Geldtasche entwendet worden war. Kurz entschlossen verhaftete er auf der Stelle einen neben ihm sitzenden Mann, schrieb dann einen Bericht für seinen Vorgesetzten, steckte ihn in die Tasche, stieg mit seinem Gefangenen aus und nahm mit ihm den Weg zum Polizeirevier. Dort angelangt, wollte er den Bericht aus seiner Tasche holen, mußte aber zu seinem Erstaunen feststellen, daß der Bericht nicht mehr da war. Er brauchte ihn aber nicht lange zu suchen, denn er fand ihn in der Tasche des Verhafteten wieder, der sich in dieser Weise als der langgesuchte König der ägyptischen Taschendiebe einwandfrei legitimiert hatte.

Ein Rechtsanwalt wegen Unterschlagung und Betrug verurteilt

Das Schöffengericht in Berlin verurteilte den 51 Jahre alten Rechtsanwalt Alwin Gollner wegen Untreue, Unterschlagung und Betruges zu zwei Jahren Gefängnis.

Wegen Kindesentführung lebenslänglich ins Gefängnis

Aus Warren (Ohio) wird gemeldet: Dowell und Hargraves, die den Sohn des Unternehmers James de Jute auf seinem Wege zur Schule an demselben Tage entführten, an dem Lindberghs Kind geraubt wurde, sind zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt worden.

Acht Bergleute im brennenden Schacht

Aus Brüx, 16. März, wird berichtet: Im Kohinor-Schacht, einer der größten Gruben des nordwestböhmischen Braunkohlen-Reviers, entstand um Mitternacht in etwa 350 Meter Tiefe ein Brand, der sich mit großer Schnelligkeit ausbreitete. Die bei den Absperrungsarbeiten beschäftigten Arbeiter wurden von dem sich langsam ansammelnden Kohlenoxydgas betäubt. Gerade in dieser kritischen Situation fuhr die ablösende Belegschaft ein, die sofort die Rettungsarbeiten begann. Bis auf acht Mann, denen der Rückweg infolge der Vergasung der Strecken abgeschnitten worden war, konnten alle Bergleute gerettet werden. Etwa 20 hatten bereits Gasvergiftungen erlitten.

Die noch eingeschlossenen acht Bergleute konnten noch nicht geborgen werden. Die Rettungsmannschaften konnten infolge der herrschenden Hitze, welche die Gasmasken zerfraß, zu den Eingeschlossenen bisher nicht vordringen.

3 Jahre Gefängnis

Prozeß wegen der Tötung des SA-Mannes Vobis in Düsseldorf

In der Nacht zum 4. September 1931 wurde in unmittelbarer Nähe des SA-Heimes in der Klosterstraße in Düsseldorf der 32jährige SA-Mann Vobis erstochen. Die Polizei konnte zunächst den Fall nicht aufklären. Am 10. November 1931 übergab der Gauleiter der NSDAP., Reichstagsabgeordneter Florian, den 21jährigen Arbeiter Wilhelm Scholl der Polizei als Täter. Während vorher der Verdacht bestanden hatte, daß Vobis von einem Mann, der einer kommunistischen Gruppe angehörte und der in der betreffenden Nacht das SA-Heim mit Steinen bombardiert hatte, erstochen worden sei, stellte es sich jetzt heraus, daß Scholl wochenlang zur Besatzung des SA-Heimes gehört hatte. Mitglied der NSDAP. war er noch nicht, doch hatte er einen Antrag auf Aufnahme in die Partei gestellt.

Am Mittwoch begann vor dem Schwurgericht die Verhandlung gegen Scholl. Die Anklage lautete auf Totschlag. Scholl bekundete in seiner Vernehmung, daß er an jenem Abend, nachdem er reichlich Alkohol genossen hatte, einen Angriff der Kommunisten auf das Heim vermutet hatte. Der Stubenälteste der SA. habe Pistolen ausgeteilt. Er, Scholl, und ein anderer hätten ein Messer bekommen. Damit sei er auf die Straße gelaufen und habe sich auf einen Mann stürzen wollen, der ihm mit einer Pistole entgegentrat. Plötzlich sei von links ein anderer Mann auf ihn zugetreten, der gleichfalls eine Pistole mit sich führte. Nun habe er zugestochen. Kameraden hätten ihm geraten, sich im SA-Heim umzukleiden, damit ihn niemand erkennen könne.

Die Verhandlung ergab bis jetzt kein klares Bild über die Vorgänge, die sich in jener Nacht vor und in dem SA-Heim abgespielt haben. Vor allem ist nicht klar, warum sich Vobis nicht in das SA-Heim begeben hat, während sich fast alle anderen SA-Leute dorthin zurückgezogen hatten. Weiter ist nicht klar ersichtlich, wie Vobis von Scholl den Stich erhalten hat. Nach Aussage des Sachverständigen ist der Stich von rückwärts geführt worden. Er ging vom linken Schulterblatt durch die Lunge bis zum Herzen. Auffallend ist weiter, daß Vobis zuerst auf zwei auf der Straße stehende SA-Leute zugelaufen, dann strauchelte, sich wieder aufraffte und in dem Heim entgegengesetzter Richtung fortgelaufen ist. Etwa 70 Meter weiter brach er dann tot zusammen.

Im SA-Heim befindliche SA-Leute bekunden, sie hätten, als Scholl mit dem blutigen Messer in das Heim kam, angenommen, daß er einen Kommunisten verletzt habe.

Zu der Verhandlung sind 47 Zeugen geladen.

Drei Jahre Gefängnis für Scholl

Das Schwurgericht in Düsseldorf verurteilte Scholl wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit tödlichem Ausgang und Vergehens gegen das Gesetz über den Waffenmißbrauch zu drei Jahren Gefängnis. Es führte in der Urteilsbegründung aus, daß es keinen Zweifel habe, daß Scholl sich bedroht gefühlt habe, vielmehr sei er mit dem Vorsatz aus dem SA.-Heim gestürmt, einen Gegner kampfunfähig zu machen. Er sei erregt und noch unter Alkohol gewesen. Mildernd habe das Gericht angesehen, daß Scholl noch jung und kränklich sei und daß er durch die Atmosphäre in dem SA.-Heim verführt worden sei, sich einmal als „wackeren Kämpen zu erweisen".

Im ganzen Lande verbreitet es das Rádio:

Jeden Freitag vormittag:
„Sanne und Ella"
die vorbildlichen Hausfrauen,
plaudern im Radio



Sanella nehmen heißt wirklich sparen!

„Sanne und Ella", die Vorkämpferinnen für modernes, sparsames Wirtschaften erteilen Ihnen folgenden praktischen Ratschlag:

„Kochen Sie Gemüse in Salzwasser ab und schwenken Sie es dann — statt in Mehlschwitze — einfach in Sanella! Das schmeckt besser — ist moderner und gesünder — und spart Ihnen Arbeit und Zeit!"

„Sanne und Ella" wissen, wie bequem und sparsam man heute kochen kann — mit Sanella nämlich, die allen Speisen Nährwert und Geschmack gibt! Und wie schmackhaft und gesund ist sie auf Brot! — Verfolgen Sie die weiteren Ratschläge von „Sanne und Ella" in diesem Blatte und im Radio — vielleicht enthalten sie noch eine Überraschung für Sie!



Von Millionen Hausfrauen bevorzugt!

Drum so ziehe ich von dannen,
Schließ' die müden Augen zu,
Haltet ewig fest zusammen,
Gönnet mir die ewige Ruh'.

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute morgen 3 Uhr infolge Altersschwäche unseren lieben, guten, treusorgenden Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwager und Onkel

Robert Fuchs sen.

Veteran von 1870/71

wohlversehen mit den heiligen Sterbesakramenten der röm.-kath. Kirche, im Alter von 87 Jahren, zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um stille Teilnahme und ein frommes Gebet für den lieben Verstorbenen bitten

die trauernden Hinterbliebenen:

Geschwister Fuchs
nebst Kindern u. Anverwandten.

Burscheid, Hilgen, Köln-Deutz, Kotten, Dünweg, Kaltenherberg, Düsseldorf-Eller, den 16. März 1932.

Die Beerdigung findet statt: Samstag, den 19. März, nachm. 4 Uhr, vom Sterbehause, Bahnhofstraße 8, aus.
Die feierlichen Exequien werden gehalten am Samstag, den 19. März, morgens 8.30 Uhr, in der Pfarrkirche zu Burscheid.
Sollte jemand aus Versehen eine besondere Anzeige nicht erhalten haben, so bitten wir diese als solche zu betrachten.

Für das Frühjahr

empfehlen wir unsere eleganten Neuheiten in

Kleider- u. Mantelstoffen

Wir bringen darin eine wunderschöne, reiche Auswahl zu ganz neuen, den Zeitverhältnissen angepaßten Preisen

Damen-Mantelstoffe, 140 cm
Ia reinwollen Kammgarn, neue Farben und Dessins 5.75, 4.95, **4.75**

Damen-Mantelstoffe, 140 cm
Ia reine Wolle in englischem Charakter . . . 4.50, 4.35, **3.95**

Afghalaine
130 cm., reine Wolle, moderne Farben, ... 5.50, **4.95**

Mod. Etamine- u. a. jour-Gewebe
in 130 cm., 100 cm., 70 cm., uni u. gemustert in selten schöner Auswahl . . . 4.75, 3.95, 2.75, **1.95**

Marocaine
100 cm., Ia Kunstseide, neue Farben 2.75, **2.15**

Seidenleinen
indanthrenfarbig, neue Farben 1.55, **1.15**

Silcolin
kunstseidenes Etaminegewebe, indanthrenfarbig **1.35**

Gminderlinnen
indanthrenfarbig **1.35**

Natté
80 cm., indanthrenfarbig 1.15, 0.95, **0.75**

Kleiderleinen imit.
indanthrenfarbig, gutes Fabrikat **0.57**

Waschseidene Strümpfe und k'seidene Charmeuse-Wäsche bringen wir zu nie gesehenen Preisen

Wilh. Perch Opladen

Öffentliche Steuermahnung

Die Rückstände an Grundvermögens- und Hauszinssteuern für den Monat März 1932, sowie die 3. Rate der Bürgersteuer für das Rechnungsjahr 1931 werden hiermit öffentlich angemahnt. Alle anderen Steuerreste für das laufende Rechnungsjahr sind bereits angemahnt.

Des Jahresabschlusses wegen muß die Beitreibung der Reste schnellstens durchgeführt werden. Rückstände, die nicht gestundet sind, müssen also umgehend bezahlt werden, wenn Zwangsbeitreibung vermieden werden soll. Bei verspäteter Zahlung sind Verzugszuschläge zu berechnen und zwar 1½ Prozent für jeden halben Monat der Verspätung.

Auswärtige Hebetermine sind angesetzt
auf Donnerstag, den 17. März, in Hilgen in der Wirtschaft Hirschfelder,
auf Freitag, den 18. März, in Dierath in der Wirtschaft Busch, von 2 bis 5 Uhr nachmittags.

Burscheid, den 16. März 1932.

Die Stadtkasse: Schmitz.



Zur ersten hl. Kommunion

ist der Bleyle-Anzug durch sein vornehmes, kleidsames Aussehen ganz besonders geeignet. Ein

Bleyle

wird auch später noch lange Zeit als praktischer Gebrauchs-Anzug gute Dienste leisten. — Verlangen Sie bitte den Sonder-Prospekt mit der **neuen ermäßigten Preisliste.**

Wilh. Perch Opladen

Inserieren bringt Gewinn!

Veteranenverein Burscheid

Mittwoch-Morgen wurde unser lieber, treuer Kamerad

Robert Fuchs sen.

Veteran von 1870/71

im Alter von 87 Jahren unseren Reihen entrissen.

Wir werden dem Entschlafenen ein dauerndes ehrendes Andenken bewahren.

I. A.: **Der Vorstand.**

Burscheid, den 17. März 1932.

Die Mitglieder versammeln sich behufs Teilnahme an der am Samstag, den 19 März, stattfindenden Beerdigung nachmittags 3.30 Uhr im Vereinslokal.

Wasserwerk eGmbH Hilgen

Einladung

zur ordentlichen Generalversammlung am Freitag, den 18. März 1932, 19.30 Uhr, im Lokale Otto Heyder in Hilgen.

Tagesordnung:

1. Vorlage und Genehmigung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1931.
2. Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates.
3. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrates.
4. Verschiedenes.

Der Aufsichtsrat: Rudolf Pfleger.
Der Vorstand: Hermann Jäger, Ernst Zimmermann

Neuheiten
in
Hüten und Mützen
für Frühjahr und Sommer zu niedrigsten Preisen.

A. Brüning
Burscheid

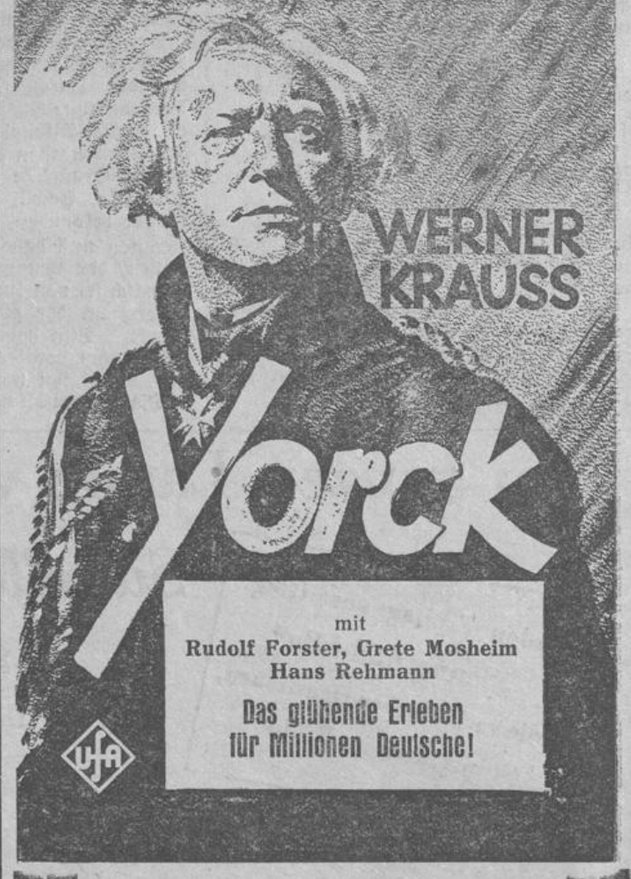
Otto Renzmann
Baustoffhandlung
Heide-Hilgen
Fernsprecher Amt Burscheid 527

Schiffsladung
Holz, Bretter, Dielen, Latten, Sparren, Kanthölzer usw. in Köln, Hafen, eingetroffen.
Abfuhr am 17. d. Mts.
Verkauf direkt gegen bar zu Waggonpreisen.

Germania Lichtspiele Opladen

Morgen, Freitag, zum ersten Male
Täglich, bis Donnerstag, 24. März

Der neue große Ufa-Film der vaterländischen Geschichte:



Aufführungszeiten:
7.15 Uhr, **Beiprogramm (Wochenschau etc.)**
8.30 Uhr, **„YORCK"** (Ende 10.15 Uhr)
Samstag, nachmittags 3 Uhr:
Jugend- und Familien-Vorstellung
Für Jugendliche: 0.20, 0.30, 0.50 Reichsmark
Sonntag: 3, 5.30 und 8.30 Uhr.

Beinleiden

Krampfadergeschwüre, Venenentzündungen, chron. Beinleiden, ohne Salbe, ohne Einspritzung, ohne Berufsstörung behandelt

Mathilde Karl beglaubigte und anerkannte Vertreterin der Felke-Heilweise
Burscheid, Hauptstraße 1 c II. Etage Eingang Friseur Körner.
Sprechstunden: Dienstags von 9—18 Uhr.
Zugelassen zur Volkswohl-Krankenkasse Dortmund.

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Burscheider Zeitung — Nr. 65 2. Blatt Donnerstag, 17. März 1932

Die Aussichten für die Schulentlassenen

Die Osterzeit bedeutet für Hunderttausende von Jünglingen und Jungmädchen eine wichtige Schicksalswende, denn sie werden aus der Schule entlassen und sollen in das Leben eintreten. Für die meisten wird heute die Frage nach dem „wie" schwieriger sein als dies früher der Fall gewesen ist. Die entsetzliche Wirtschaftslage, die auf unserem Volke lastet, läßt für viele Jugendliche die Zukunftsaussichten trübe erscheinen, und viele von ihnen müssen schon mit Sorgen und Bangen in den Lebensabschnitt eintreten, der früher wohl eine Lehr- und Lernzeit war, aber doch auch der Jugend ihr Recht ließ, und der im allgemeinen keinen Anlaß gab, um mit Sorgen in das Zukunftsland zu schreiten.

Alle Kräfte müssen angespannt werden, um zum Ziele zu kommen, und der Schwache wird sicherlich das Ziel nicht erreichen. Deshalb erfordert eine Zeit, die schwer und bitter ist, eine umso stärkere und kräftigere Jugend. Aber wie gelangt sie zu der Kraft und Gewandtheit, die sie befähigt, allen Widerständen und Stürmen zum Trotz sich durchzusetzen? Gewiß allein nur dadurch, daß sie sich einen gesunden und widerstandsfähigen Körper bildet, und daß sie sich seelisch zu stärken versteht und frisch erhält und jene Charaktereigenschaften bildet, die völlig sind, um sich zu behaupten.

Man soll nicht glauben, daß Kraft und Gesundheit und seelische und geistige Veranlagung jedem Menschen von der Natur ohne weiteres zugeteilt seien. Auch hier gilt der Satz, daß man erst erwerben muß, wenn man besitzen will. Nur der ist stark und gesund, der auf dem Spiel- und Turnplatz seine Glieder übt und in seiner Seele die Eigenschaften weckt, die den mutigen, selbstvertrauenden und unverzagten Menschen ausmachen.

Kluge Jugend hält sich deshalb fern von all den zweifelhaften Vergnügungen; sie sucht sich den Freudenborn zu erschließen, der jedem geöffnet wird, der sich darum bemüht. Sie tritt ein in die Turn- und Sportvereine und übt dort die Glieder, stärkt den Mut und erwirbt sich Frische für den Kampf um das Dasein und wird freudig beschwingt durch den Geist, in dem die turnerische und sportliche Betätigung sich auswirkt.

Deshalb, deutsche Jugend, bleibe nicht im Schatten der Häuser, verkümmere nicht in den Arbeitsstuben in dumpfer Luft, suche nicht Abwechslung im rauchigen Tanzsaal, sondern komme heraus in Gottes freie Natur, tummele dich auf grünem Rasen, lerne die deutsche Heimat kennen, suche Bewegung und damit Freude im Kreise Gleichgesinnter. Du wirst dir im Turnverein, im Sportklub ein Freudenland erschließen, aus dem dir noch wärmende Sonnenstrahlen nachleuchten, wenn dir die Pflicht des Alltags harte Stunden bringt!

Die letzten Züge fehlen wieder

Eine arge Enttäuschung

bringt uns hier und wohl allen Bewohnern an der Eisenbahnstrecke Opladen—Burscheid—Wermelskirchen—Lennep der

erste Entwurf zum Sommerabschnitt des Jahresfahrplans 1932-33

der in diesen Tagen von der Reichsbahndirektion Wuppertal hinaus ins Land geht. Wir alle wissen wohl noch, daß uns die Reichsbahndirektion im Herbst vergangenen Jahres unserer beiden letzten Zugverbindungen einfach beraubte und haben uns schweren Herzens, nachdem alle berechtigten Einsprüche glatt abgelehnt wurden, damit einverstanden erklären müssen, aber nur in der festen Hoffnung und Erwartung, daß diese beiden Züge nur vorübergehend ausfallen und im Sommerfahrplan wieder erscheinen sollen. So hat es auch die Eisenbahndirektion Wuppertal erklärt und gesagt, daß diese umstrittenen, für uns so überaus wichtigen Züge im Sommer wieder fahren würden.

Und wie ist es jetzt? In dem ersten Entwurf des neuen Sommerfahrplans sind

die beiden letzten Züge wieder nicht enthalten

Das ist eine Brüskierung der hiesigen Bewohner, wie wir sie uns schlimmer nicht vorstellen können. Wir haben damals schon verschiedentlich betont, daß die Leute doch wohl recht haben, die behaupten, wir wohnten hier auf dem Balkan und seien Bürger zweiter Klasse, denn so verfährt tatsächlich die Reichsbahndirektion mit uns. Den Winter über haben wir uns den Ausfall der beiden letzten Züge, wenn auch nach hartem Kampf, gefallen lassen müssen, jetzt ist aber der Zeitpunkt gekommen, wo wir uns mit allen Kräften gegen solche rücksichtslosen Maßnahmen der Eisenbahn wehren müssen. Es kann doch nicht angehen, daß wir hier ab 22,15 Uhr von jedem Eisenbahnverkehr abgeschlossen sind. Wo soll der bleiben, der von einer größeren Reise kommt und in den benachbarten Großstädten die gegen 21 Uhr abfahrenden Anschlußzüge nicht mehr erreichen kann? Soll er etwa gezwungen werden, dort zu übernachten? Auch wir hier auf dem sogenannten Lande haben doch wirklich auch ein Anrecht darauf, daß wir gegen 24 Uhr von einer Reise oder einem Ausflug unsere Heimatstation noch erreichen können. Wenn dafür die Eisenbahn nicht mehr sorgen kann, dann soll sie ruhig ihre Bezeichnung Verkehrsinstitut ablegen und es anderen Betrieben überlassen, in dieser Hinsicht den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht zu werden.

Da heißt es immer, solche einschneidenden Maßnahmen müsse die Reichsbahn aus Sparsamkeitsrücksichten treffen, die Züge rentierten sich nicht. Wir verstehen das recht gut, aber warum geht die Eisenbahn nicht mit der Zeit und läßt mehr Motorwagen laufen, wie dies schon auf verschiedenen Strecken in Deutschland sich gut bewährt hat. Wir brauchen hier auf unserer Strecke sicherlich nicht all die großen Dampfzüge, die so kostspielig sind; was wir brauchen, ist ein ständiger regelmäßiger Verkehr etwa jede Stunde nach jeder Richtung hin und dafür genügen solche Motorwagen, wie sie das Ausland schon seit längerer Zeit vorteilhaft in Betrieb hat. Mit einer solchen Einrichtung wäre die Eisenbahn auch der Konkurrenz der Kraftfahrlinien gewachsen und brauchte nicht immer über den hierdurch hervorgerufenen weiteren Verkehrsrückgang zu klagen. Denn es ist doch ganz natürlich, daß, wenn die Eisenbahn den Verkehrswünschen nicht Rechnung tragen will, die Bewohner, wie auch hier bei uns, sich anderen Verkehrsinstituten zuwenden müssen und diesen dafür dankbar sind, daß sie ihnen entgegenkommen.

Der Zweck unserer Zeilen ist nun nicht der, lange Klagelieder über die rücksichtslose und rückständige Eisenbahn zu singen, die wohl den Durchgangsverkehr immer besser zu gestalten bestrebt ist, dagegen das platte Land immer mehr vernachlässigt, sondern alle auf den Ernst der Situation aufmerksam zu machen, der durch die Herausgabe des ersten Entwurfes zum neuen Sommerfahrplan gegeben ist. Werden wir es jetzt nicht erreichen, daß die beiden letzten Züge doch noch nachträglich eingesetzt werden, so werden wir wohl auch in alle Zukunft darauf verzichten müssen. Es ist jetzt dringende Pflicht unserer Behörde in Verbindung mit unserem Verkehrs- und Verschönerungs-Verein und anderen örtlichen Organisationen in Gemeinschaft mit den gleichen Stellen der Städte und Gemeinden, die ebenfalls an unserer Strecke liegen, durch den Kreisverkehrs-Verband, durch die Industrie- und Handelskammern usw. an die Eisenbahndirektion Wuppertal heranzutreten und diese davon zu überzeugen, daß die beiden letzten Züge unbedingt wieder in den neuen Sommerfahrplan aufgenommen werden müssen. Wir haben noch die Hoffnung, daß sich die Eisenbahndirektion Wuppertal von der Berechtigung eines derartigen Wunsches überzeugen läßt, sollte sie es jedoch nicht tun, so müssen wir ihr jedes Verständnis für die Verkehrsbelange der hiesigen Bevölkerung absprechen.

Und hier Verbesserungen!

Wie uns der Kreisverkehrsverband für den Rhein-Wupper-Kreis mitteilt, hat die Reichsbahndirektion Wuppertal einem schon wiederholt vorgebrachten Antrage stattgegeben und beabsichtigt, mit dem Fahrplanwechsel am 22. Mai bei dem Eilzuge 123 z. Zt. ab Köln 19.55 Uhr an Düsseldorf 20.37 Uhr versuchsweise neben dem Halt in Benrath auch einen solchen in Langenfeld einzurichten.

Die Reichspost und Ostern

In diesem Jahre werden zum ersten Mal Ostergrußtelegramme mit feststehenden Textfassungen zu ermäßigter Gebühr nach den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada über die Kabel- und Funkwege sowie nach Mexiko über den Funkweg zugelassen. Die Telegramme können in der Zeit vom 19. bis 28. März einschl. aufgeliefert werden. Der Absender hat die Möglichkeit, den gewünschten Text unter einer größeren Zahl von Fassungen (s. nachstehend) auszuwählen und dabei zu bestimmen, in welcher der zugelassenen Sprachen (deutsch, französisch, englisch, nach Mexiko außerdem spanisch) das Telegramm für den Empfänger ausgefertigt werden soll. Bei der Auflieferung eines Ostergrußtelegramms ist als Text nur die neben der gewählten Fassung stehende Nummer und die gewünschte Sprache anzugeben. Ostergrußtelegramm nach Amerika mit anderen als den feststehenden Fassungen oder mit freiem Text genießen keine Gebührenermäßigungen. Ueber alle weiteren Bedingungen geben die Telegrammannahmestellen Auskunft.

(Deutsche Textfassungen für Ostergruß-Telegramme):

1. Beste Wünsche für ein fröhliches Osterfest.
2. Zum Osterfest sende ich Ihnen innigste Grüße.
3. Das Osterfest fülle Ihr Herz mit Frohsinn und Glück.
4. Ihnen und den Ihrigen beste Wünsche für ein frohes Osterfest.
5. Dieser Ostergruß bringt Ihnen die innigsten Wünsche eines alten Freundes.
6. Wir alle senden Ihnen und Ihrer Familie die besten Wünsche für ein fröhliches Osterfest.
7. Aufrichtige und beste Wünsche für ein fröhliches Osterfest.
8. Feiern Sie heute fröhliche Ostern und möge Ihnen Glück und Zufriedenheit immerdar beschieden sein.
9. Fröhliche Ostern und alles Gute.
10. Ostern ist ein Fest der Freude für alle Welt. Auch Ihnen soll heute Freude beschieden sein.
11. Wir gedenken Ihrer heute herzlichst. Fröhliche Ostern.
12. Ostern, das schöne Frühlingsfest, soll Ihnen Glück und Zufriedenheit bescheren.
13. Beste Wünsche für ein frohes Ostern. Möge Ihre Zukunft so heiter sein wie der Frühling.
14. Wir gedenken der glorreichen Auferstehung unseres Herrn und Heilands und senden Ihnen herzlichste Grüße.

*

Osterkarten-Porto 3 Pfennige

Gedruckte einfache Osterkarten, die in Größe, Form und Papierstärke den Bestimmungen für Postkarten entsprechen und ohne Umschlag versandt werden, unterliegen einer ermäßigten Gebühr. In diesen Karten dürfen außer den sogenannten Absenderangaben (Absendungstag, Name, Stand und Wohnort nebst Wohnung des Absenders) noch weitere 5 Wörter, die mit dem gedruckten Wortlaut im Zusammenhang stehen müssen, handschriftlich hinzugefügt werden. Als solche zulässigen Nachtragungen gelten z. B. die üblichen Zusätze „sendet", „Ihre", „Dein Freund", „sendet Dir", „sendet mit besten Grüßen Ihre" usw. Die Gebühr beträgt sowohl im Ortsbereich des Aufgabeorts als auch im innerdeutschen Fernverkehr sowie im Verkehr mit der Freien Stadt Danzig, Litauen und Memelgebiet, Luxemburg und Oesterreich für einfache Karten (ohne Umschlag versandt) 3 Rpfg., für Karten im offenen Umschlag bis 20 Gramm 4 Rpfg.

*

Nicht zu lange mit den Osterpaketen zögern!

Zur Vermeidung von Anhäufungen und Verzögerungen empfiehlt es sich, die Osterpakete und -päckchen möglichst frühzeitig aufzuliefern, sie gut zu verpacken, die Aufschrift haltbar anzubringen und den Bestimmungsort besonders groß und kräftig niederzuschreiben. Auf dem Paket und Päckchen muß die vollständige Anschrift des Absenders angegeben

Gertrudentag

Es sieht tatsächlich so aus, als wollte sich der grimmige Eisgeselle nun endgültig in sein Reich zurückziehen, als sei die Kältewelle, mit der er uns in den vergangenen letzten Wochen „beglückte", seine letzte Ueberraschung gewesen.

Wir bedauern es wohl kaum, daß seine Herrschaft sich ihrem Ende zuneigt, denn Schnee und Eis, die ganze glitzernde, weiße Herrlichkeit, können uns die warme Sonne nicht ersetzen.

Schon läßt Mutter Erde die ersten Frühlingswunder sprießen. Neben dem Schneeglöckchen strecken die ersten Krokusse in zartlila und weiß den Blütenkelch der Sonne entgegen, die sich auch nicht lange bitten läßt, graue Wolken schnell beiseite schiebt und lachend ihre Strahlen auf das Blumenkind herabsendet.

Auch im Wald wird es immer lebendiger. Da rüstet sich alles, den Frühling zu empfangen. An Bäumen und Sträuchern sitzen dicke Knospen, die von Tag zu Tag größer werden und nicht lange wird es mehr dauern, bis die braune Hülle aufspringt und das junge Grün mit Macht hervorsprießt.

Die Vögel jubilieren um die Wette. Schon ist der Herrgotts Gesangverein draußen in den Büschen fast vollzählig versammelt.

Heute ist Gertrudentag!

Den 17. März sieht der Bauer als den richtigen Zeitpunkt an, mit dem Pflügen zu beginnen. St. Gertrud wird deshalb gern als „erste Gärtnerin" bezeichnet und der Volksmund sagt von ihr: „Es zieht St. Gertrud die Kühe zum Kraut, die Biene zum Flug und die Pferde zum Zug".

Sichert die Volksernährung!



Die Zeit der Frühjahrsbestellung des Ackers und des Feldes ist gekommen. Landleute, legt trotz aller Wirtschaftsnot nicht die Hände in den Schoß! Mehr als je ist es notwendig, daß der Lebensmittelbedarf des Deutschen Volkes im eigenen Land erzeugt wird, um in den Zeiten, da alle Länder sich wirtschaftlich voneinander abschließen, deutsches Geld im deutschen Lande zu lassen. Landleute, Ihr denkt an Euer Volk, indem Ihr an Eure Arbeit denkt

und in das Paket ein Doppel der Aufschrift gelegt werden. In den Päckchen sind etwaige Hohlräume mit Holzwolle usw. auszufüllen, damit die Sendungen bei der Beförderung in Säcken und beim Stapeln nicht eingedrückt werden. Sie müssen deutlich als „Briefpäckchen" oder „Päckchen" gekennzeichnet sein.

Stand der Arbeitslosigkeit im Rhein-Wupper-Kreis

	Arbeitsl.-unterstütz.-empfänger	Krisen-unterstütz.-empfänger	Wohlfahrts-unterstütz.-empfänger	Insgesamt
31. Jan. 32	3947	3774	4923	12644
29. Febr. 32	3864	3774	5321	12959
	−83	—	+398	+315

Vom Arbeitsamt unterstützte Parteien: 7638 = 58%
Vom Wohlfahrtsamt unterstütz. Parteien: 5321 = 42%

Im Laufe des Februar stieg die Anzahl der vom Arbeitsamt und den Wohlfahrtsämtern unterstützten Parteien von 12644 auf 12959. Die Zunahme beträgt also 315 Parteien, während die Zunahme im Laufe des Januar nicht weniger als 869 ausmachte. Es ist mithin im Februar ein gewisser Stillstand in der Zunahme der Arbeitslosigkeit im Vergleich zu den Vormonaten eingetreten. Die ganze Last der Zunahme fiel im Februar auf die von Kreis und Gemeinden bestrittene Wohlfahrtsunterstützung. Das Verhältnis der vom Arbeitsamt und Wohlfahrtsamt unterstützten Parteien steht heute schon 58 zu 42 Prozent. Am meisten beteiligt an der Zunahme der Wohlfahrtsunterstützten sind die Gemeinden Burscheid, Radevormwald, Wermelskirchen, in denen die Zunahme mehr als 10 Prozent der bisher unterstützten Wohlfahrtserwerbslosen ausmachte. In den übrigen größeren Gemeinden betrug die Zunahme 5—8 Prozent.

Die Bluttat in Hückeswagen

In der Angelegenheit der drei erschossenen Kommunisten gehen die polizeilichen Ermittlungen, wie die „Köln. Ztg." zu berichten weiß, nur langsam voran, da sich die bisher vernommenen Zeugen stark widersprechen. Es ist noch kein Beweis dafür erbracht, daß die ersten Schüsse am Sonntag vormittag, durch die der Arbeiter Blumberg tödlich verletzt wurde, von einem der bisher festgenommenen Lenneper SA-Leuten abgegeben worden sind. Die Meldung in dem amtlichen Bericht, daß der erste Täter ebenfalls am Sonntag schon festgenommen worden sei, ist nicht richtig. Erst gestern morgen wurde ein weiterer Lenneper SA-Mann festgenommen unter dem Verdacht, der gesuchte erste Täter zu sein. Bisher steht also nur fest, daß die Schüsse, durch die der Arbeiter Mondre und der Stadtverordnete Fries tödlich getroffen wurden, von dem Dachdeckermeister Marx abgegeben wurden, der die Tat auch sofort zugegeben hat.

Am Dienstag wurde die Obduktion der drei Leichen vorgenommen. Hierbei wurde u. a. festgestellt, daß der zuerst erschossene Blumberg drei Schüsse, und zwar einen Herzschuß und zwei Bauchschüsse erhalten hat. Die Leiche des Stadtverordneten Fries wurde zum Krematorium nach Hagen übergeführt. Die Urne soll zusammen mit den beiden andern Erschossenen, deren Leichen in der Turnhalle aufgebahrt sind, am Freitag um 15 Uhr beigesetzt werden. Hierzu wird die Teilnahme zahlreicher auswärtiger Kommunisten erwartet, weshalb bereits für ein starkes Polizeiaufgebot Vorsorge getroffen worden ist.

Aus der Heimat

Generalversammlung der Wasserwerk eGmbH

Die Wasserwerk eGmbH Hilgen hält am morgigen Freitag, den 18. März, abends 7,30 Uhr, im Lokale Otto Heyder-Hilgen ihre ordentliche Generalversammlung ab.

Die Tagesordnung wird im Anzeigenteil der vorliegenden Ausgabe bekanntgegeben.

„York" in den Germania-Lichtspielen

Vom morgigen Freitag ab wird in den Germania-Lichtspielen in Opladen der neue große Ufa-Film der vaterländischen Geschichte „York" gezeigt. Ein Film von Preußens Schicksalsstunde 1812 — ein beispielloses Werk. York, der das größte Erlebnis seines Vaterlandes war, ersteht als leuchtendes Symbol des Einigkeitsgedankens aufs neue. Schlag auf Schlag stürmen die Ereignisse von 1812 vorüber, erschüttern und begeistern und tragen Licht und Hoffnung in die Schwere der Zeit. In noch niedagewesener Weise vereinigt der Film in sich die Elite der deutschen Schauspielerschar, sodaß man zum ergriffenen Zeugen des großen Kampfes eines großen Deutschen wird.

Wir verweisen auf die diesbezügliche Anzeige in vorliegender Ausgabe.

Zur großen Armee abberufen

wurde am gestrigen frühen Morgen im hohen Alter von 87 Jahren unser lieber Mitbürger Herr Robert Fuchs sen., Veteran von 1870/71. Mit dem Ableben des Verstorbenen ist das kleine Häuflein unserer wackeren Veteranen auf sechs zusammengeschrumpft. Herr Fuchs wird am kommenden Samstag zur letzten Ruhe gebettet. Möge ihm die Erde leicht sein!

Sonntagsfahrkarten nach Pattscheid

Die Reichsbahndirektion hat den Anträgen des Kreisverkehrsverbandes für den Rhein-Wupper-Kreis auf Einführung neuer Sonntagsrückfahrkarten entsprochen und wird verschiedene Sonntagsrückfahrkarten zum Sommer 1932 neu einführen. Von diesem Zeitpunkt ab erhält man u. a. auch Sonntagsrückfahrkarten von Burscheid nach Pattscheid.

Der Religionsunterricht in den Berufsschulen

Der Handelsausschuß des Preußischen Landtages stimmte einem Antrag zu, wonach das Staatsministerium ersucht wird, anzuordnen, daß, soweit auf Beschluß der Schulträger in den Berufs- und Fachschulen Religionsunterricht eingeführt ist oder wird, er als ordentliches Lehrfach zu erteilen ist.

Keine Beschäftigung katholischer Lehrer an evangelischen Schulen

In einer Kleinen Anfrage hatten mehrere Mitglieder des Christlich-Sozialen Volksdienstes unter Bezugnahme auf Vorfälle in Baesberg und Forsbach (Rheinland) das Staatsministerium gefragt, ob es die Beschäftigung katholischer Lehrer an gesetzmäßig evangelischen Schulen billige, und ob es bereit sei, durch eine sofortige Verfügung den Bezirksregierungen die Beschäftigung katholischer Lehrer an evangelischen Volksschulen zu untersagen.

Der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat in seiner Antwort erklärt, daß er die Beschäftigung katholischer Lehrer an evangelischen Schulen nicht billige, daß ihm aber eine allgemeine Anordnung angesichts der vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen nicht erforderlich erscheine. Die städtische Schulverwaltung in Berlin z. B. habe auf Anordnung des Provinzialschulkollegiums die Zurückversetzung der katholischen Volksschullehrer an katholische Schulen durchgeführt.

Staatliche Prüfung für Organisten und Chordirigenten an der Hochschule für Musik in Köln

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, ist die staatliche Prüfung für Organisten und Chordirigenten an der Hochschule für Musik in Köln, Wolfsstraße 3/5 auf den 3. Juni 1932, vormittags 9 Uhr, festgesetzt. Meldungen zu dieser Prüfung sind zum 10. Mai d. J. an das Büro der Hochschule für Musik in Köln zu richten.

Kein Umtausch alter 50-Pfennig-Stücke

Für die alten 50-Renten- und Reichspfennigstücke aus Aluminiumbronze ist, wie amtlich mitgeteilt wird, die Einlösungsfrist am 30. November 1931 abgelaufen. Eine Verlängerung der Einlösungsfrist ist nicht möglich. Anträgen auf Umtausch noch vorhandener Stücke kann daher nicht stattgegeben werden.

Neuer Schlafwagen dritter Klasse im Sommer

Nach Mitteilung der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf wird die Reichsbahn im Sommer versuchsweise einen Schlafwagen dritter Klasse im Verkehr Rheinland—Süddeutschland einsetzen. Der Wagen wird in das Schnellzugspaar D47/48 München—Industriegebiet eingestellt.

Werbungskosten für die freien Berufe

In einer Verfügung des Reichsfinanzministers heißt es u. a.:

Die Verordnung über die Festsetzung von Durchschnittssätzen für die Werbungskosten bei Angehörigen der freien Berufe und ähnlicher Erwerbszweige vom 30. Januar 1930 gilt auch für die bevorstehende Veranlagung. Künftig sind auch die Angehörigen der freien Berufe und ähnlicher Erwerbszweige — soweit sie der Gewerbesteuer unterliegen — zur Buchführung verpflichtet, wenn sie nach der bei der letzten Veranlagung getroffenen Feststellung entweder 1. Gesamtumsatz (einschließlich des steuerfreien Umsatzes) von mehr als 200000 Mark oder 2. Betriebsvermögen von mehr als 50000 Mark oder 3. Gewerbeertrag von mehr als 6000 Mark gehabt haben. Die Vorschrift tritt mit dem 1. April 1932 in Kraft. Um eine reibungslose Anwendung der Vorschrift sicherzustellen, ist in Aussicht genommen, daß die Spitzenverbände der freien Berufe Merkblätter für die Buchführung ihrer Berufsangehörigen aufstellen und mir zur Genehmigung vorlegen.

41. Jahresversammlung des Evangelischen Kirchengesangvereins für Rheinland in Sobernheim/Nahe

Die diesjährige Jahresversammlung des Evangelischen Kirchengesangvereins für Rheinland, der den Zusammenschluß von etwa 250 evangelischen Kirchenchören Rheinlands darstellt, findet vom 1.—4. April in Sobernheim-Nahe statt. Neben kirchenmusikalischen Veranstaltungen — Choralandachten, Morgenfeiern und Festfeiern — werden die Arbeitstagungen Vorträge bringen über „Dirigent oder Chormeister" und über „Kirchliches Musikleben auf dem Lande" von Gerhard Schwarz, Spandau, ferner von Pfarrer Lic. Dr. Söhngen, Köln-Kalk, über „Kirche, Kirchenchor und zeitgenössische Kirchenmusik", von Pfarrer Lempfert, Pferdsfeld, über „Die Aufgabe der Orgel im evangelischen Gottesdienst" und schließlich von dem Vorsitzenden der Evangelischen Kirchengesangvereine Deutschlands, Pfarrer Plath, Essen, über „45 Jahre Reinischer Kirchengesangverein". An die Tagung schließt sich eine Schulungsgemeinschaft rheinischer Organisten an. Den Festgottesdienst hat Generalsuperintendent D. Stoltenhoff, Koblenz, übernommen.

„Hans Sachs" wird Diplomingenieur



Der Berliner Schuhmacher Georgi Dimitroff hat an der Technischen Hochschule Charlottenburg sein Examen als Diplomingenieur mit Auszeichnung bestanden

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Ein „weißer Rabe"

Berg. Neukirchen, 17. März. Die Stadtverordneten von Berg. Neukirchen werden am Dienstag, den 28. März, zur Beratung einer 17 Punkte umfassenden Tagesordnung zusammentreten. Der Hauptverhandlungsgegenstand bildet der Haushaltsplan für 1932. Das mit dem 31. März 1932 ablaufende Rechnungsjahr 1931 wird nach dem voraussichtlichen Endergebnis wie folgt abschließen: Einnahmen 199538 Mark, Einnahmereste 8700 Mark, zusammen 208238 Mark Einnahmen. Die Ausgaben betragen 207105 Mark, so daß für 1931 noch ein Ueberschuß von 1133 Mark verbleibt. Der kleinen Stadtgemeinde Berg. Neukirchen ist es also auch in diesem Rechnungsjahre möglich gewesen, durch größte Sparsamkeit trotz erheblich höherer Wohlfahrtslasten den Haushalt nicht nur restlos auszugleichen, sondern darüber hinaus noch einen kleinen Ueberschuß zu erzielen, der im Haushaltsplan 1932 vorgetragen wird. Berg. Neukirchen dürfte damit zu den ganz wenigen Gemeinden zählen, die nicht unter der Last erdrückender Fehlbeträge seufzen.

Wieder ein Raubüberfall

Leverkusen, 17. März. Mittwoch vormittag gegen 10,30 Uhr wurde auf der neuen Verbindungsstraße Opladen—Lev.-Rheindorf ein landwirtschaftlicher Arbeiter aus Opladen etwa 300 Meter hinter der Eisenbahnüberführung von zwei jungen Burschen angehalten und um Streichhölzer gebeten. Als der Angesprochene erklärte, daß er keine Streichhölzer bei sich führe, fragte der eine Mann, wie es denn mit Geld wäre. Gleichzeitig hielt er dem Arbeiter auch einen Walzenrevolver vor die Brust und fühlte mit der anderen Hand dessen Hosentaschen nach. Aus der einen Tasche entwendete er ein braunes Lederportemonnaie, enthaltend 11,72 Mk. und verschiedene Lieferscheine der Hitdorfer Brauerei. Nachdem die Täter das Geld erbeutet hatten, setzten sie sich auf ihre Fahrräder und fuhren in der Richtung Mehlbruch davon.

Die Bluttat in Diez

Leverkusen, 17. März. Wie wir seiner Zeit berichteten, erschoß der hier tätige Lehrer Schuster in Diez an der Lahn einen Zimmermeister, den er bei der unberechtigten Ausübung des Angelns glaubte. Schuster, der bisher in Limburg in Untersuchungshaft saß, ist jetzt in die Anstalt Kappel zur Untersuchung seines Geisteszustandes überführt worden. Wie wir hören, soll die Verhandlung gegen Sch. noch im Juni sein, vorausgesetzt, daß bis dahin die Beobachtung durchgeführt ist.

Nochmals Prozeß Aldermann

Dabringhausen, 17. März. Dienstag fand vor der Strafkammer des Landgerichts Elberfeld nochmals eine Verhandlung gegen den Händler Willy Aldermann von hier statt. Diesmal handelte es sich um eine Anklage wegen Verleitung zum Meineide, wegen der Aldermann seinerzeit vom Großen Schöffengericht in Remscheid zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt war. Nach eingehender Beweisaufnahme wurde das Urteil wegen Versuch zur Verleitung zum Meineide auf 9 Monate Gefängnis herabgesetzt. Diese 9 Monate wurden mit der Strafe von 3 Jahren Gefängnis, die Aldermann vorige Woche erhalten hat, zu insgesamt 3½ Jahren Gefängnis zusammengezogen. Das Urteil wurde von Aldermann nicht anerkannt.

Steuererhöhung in Wermelskirchen

Wermelskirchen, 17. März. Wir berichteten bereits vor einiger Zeit über eine von der Stadtverwaltung Wermelskirchen geplante Steuererhöhung. Sie ist jetzt Wirklichkeit geworden. Der Bürgermeister hat auf Grund der ihm durch die preußische Sparnotverordnung gegebene Ermächtigung beschlossen, zur teilweisen Aufbringung des ungedeckten Fehlbetrages im Rechnungsjahre 1931 folgende Nachtragsumlage zu erheben: 7½ Prozent Zuschlag zu den staatlichen Sätzen der Grundvermögensteuer I für das ganze Rechnungsjahr und 129 Prozent Zuschlag zu den Grundbeträgen der Lohnsummensteuer für die Monate Februar und März 1932. Der Beschluß hat die Genehmigung des Bezirksausschusses und des Oberpräsidenten gefunden. Der Ertrag dieser Steuererhöhung ist natürlich gering. Unter Zugrundelegung der Zahlen des Haushaltsplanes wird das Aufkommen höchstens 10000 RM betragen.

Ein Baby, das nur 550 Gramm wiegt



In Berlin ist vor einigen Tagen ein Kind zur Welt gekommen, das ein Gewicht von nur 640 Gramm hatte. Obgleich das Kind — ein Mädchen — gesund war, ging das Gewicht nach einigen Tagen bis auf 520 Gramm zurück, jedoch hat es wieder zugenommen und wiegt nun ganze 550 Gramm. Einen Begriff von der winzigen Kleinheit des nur 32 Zentimeter großen Lebewesens erhält man durch einen Vergleich mit diesem gleichaltrigen normalen Säugling, wie ihn unsere Aufnahme zeigt

Aus Westdeutschland

Revision gegen das Urteil im Fingerhut-Prozeß?

Wuppertal, 17. März. Ob das Urteil gegen Fingerhut rechtskräftig wird, steht noch nicht fest. Wie wir auf Anfrage bei der Staatsanwaltschaft erfahren, ist damit zu rechnen, daß die Staatsanwaltschaft von dem Rechtsmittel Gebrauch machen wird. Meldungen, die von Entschädigungsansprüchen Fingerhuts wissen wollen, sind solange verfrüht, als nicht feststeht, ob nicht der Prozeß erneut verhandelt werden muß. Richtig ist, daß Fingerhut seine durch die ungerechte Verurteilung entstandenen Schäden auf 3 Millionen Mark beziffert, und daß er die Absicht hat, nach eingetretener Rechtskraft etwa eine Million Mark als Entschädigung für die unschuldig verbüßte Haft und die erlittenen Schäden zu verlangen.

Sensation im Thielemann-Prozeß

Wuppertal, 17. März. Im Prozeß gegen die frühere Barmer Stadtsekretärin Thielemann, die in erster Instanz wegen Veruntreuung amtlicher Gelder trotz ihres Leugnens zu 1½ Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, kam es heute Vormittag zu einer Sensation. Als ein höherer Beamter, ein Wuppertaler Verwaltungsdirektor, auf die Frage nach seinen Beziehungen zur Angeklagten die Aussage verweigerte, ließ der Verteidiger die Sitzung unterbrechen. Er beantragte nach Rücksprache mit der Angeklagten auf Grund dieses vollkommen neuen Moments Vertagung. Das Gericht gab dem Antrage zwar statt, verhaftete jedoch die Angeklagte wegen dringenden Fluchtverdachts auf der Stelle. Es scheint, als ob die Angeklagte ein Doppelleben geführt hat: Auf der einen Seite eine tüchtige und solide Beamtin, auf der anderen Seite Freundin zahlreicher Männer.

Beim Waffenappell erschossen

Hagen, 17. März. Beim Waffenappell der hiesigen Schutzpolizei ereignete sich Mittwoch ein tragischer Unglücksfall, der den Tod eines Polizeioberwachtmeisters zur Folge hatte. Der Wachtmeister Wirtshöfer wollte den Lauf und den Schlitten seiner Pistole auslösen, um sie seinen Vorgesetzten zu zeigen. Plötzlich ging ein Schuß los, der den Polizeioberwachtmeister Drachs in die Lunge traf. Der Oberwachtmeister erlag kurz darauf seiner Verletzung.

Verkehrssteigerung im Reichsbahnbezirk Köln.

Köln, 16. März. Ueber die Verkehrslage des Reichsbahndirektionsbezirkes Köln im Monat Februar 1932 berichtet die Reichsbahndirektion: Der Güterverkehr im Bezirk Köln hat im Februar eine kleine Steigerung erfahren infolge Einsetzens der Düngemittel-Transporte zur Feldbestellung. Die Zahl der zur Beladung gestellten Wagen betrug 261 100 Wagen gegenüber 251 600 im Januar. Im Stückgutverkehr wurden arbeitstäglich 2692 Tonnen behandelt gegenüber 2346 Tonnen im Januar. Im Verkehr mit dem angrenzenden Auslande ist ebenfalls eine kleine Steigerung eingetreten.

Ein aparter Schmugglerstreich.

Aachen, 16. März. Ein dreistes Stückchen leistete sich ein Schmuggler, der in der Nähe von Herzogenrath von einem Zollbeamten angehalten und zur nächsten Zollstelle gebracht worden war. In einem unbeobachteten Augenblick stahl der Schmuggler dem Zollbeamten die Briefstasche mit Papieren, die der Beamte auf den Tisch gelegt hatte. Der Zollbeamte bemerkte den Diebstahl erst, nachdem der Schmuggler, bei dem keine Ware gefunden wurde, längst auf und davon war.

Wiedereröffnung der rheinisch-westfälischen Sparkassenschule.

Düsseldorf, 17. März. Die rheinisch-westfälische Sparkassenschule (Sitz Landesbank Düsseldorf) beginnt nach längerer durch die Zeitverhältnisse bedingter Unterbrechung am 18. April 1932 wieder ihre Tätigkeit. Sparkassenrecht und Praxis haben inzwischen bedeutende Aenderungen erfahren. Bei der großen Verantwortung, die dem Sparkassenpersonal jetzt und künftig obliegt, ergibt sich zwingend die Notwendigkeit der Fortbildung des Nachwuchses in den Sparkassenbetrieben.

Im Zuge vom Herzschlag ereilt.

Düsseldorf, 16. März. In einem am Dienstagabend von Essen kommenden Zug wurde eine ältere Frau aus Düsseldorf tot aufgefunden. Die Ermittlungen ergaben, daß der Tod der Frau infolge Herzschlages eingetreten war.

Erneute umfangreiche Kündigungen im Ruhrgebiet.

Oberhausen, 16. März. Die Zechenanlage Konkordia, Schachtanlage 2-3 kündigte 110 Untertagearbeitern zum 1. April d. J. Zu dem gleichen Termin werden 30 Krankfeiernde bzw. Unfallverletzte aus dem Betrieb ausscheiden. — Von der Belegschaft der Schachtanlage Prosper 3 werden wiederum 49 Mann zum 1. April entlassen.

Das Neueste

Weil er nicht versetzt werden sollte, erschoß sich gestern in Waldenburg ein elfjähriger Sextaner. Aus Verzweiflung darüber machte sein Vater ebenfalls seinem Leben ein Ende.

Gerhard Hauptmann hat heute auf dem Lloyddampfer „Europa" von Newyork aus die Rückreise nach Deutschland angetreten.

Generalkonsul Dr. Kiep erklärte in der Newyorker Außenhandelskammer, eine baldige endgültige Regelung der Reparationsfrage sei für Deutschland unerläßlich.

Die Newyorker „Times" betont, daß die weitere Entwicklung der deutschen Handelsbilanz für Deutschlands Auslandsgläubiger begreiflicherweise von großer Bedeutung sei. Wenn es auch vorläufig noch zu früh sei, darüber zu entscheiden, ob Deutschland imstande sein werde, seine Schuldverpflichtungen für 1932 zu erfüllen, sei es jedenfalls nicht zu früh, die Schwierigkeit seiner Lage zu verstehen. Zwei Sachverständigenkomitees hätten auf den Widersinn einer Wirtschaftspolitik hingewiesen, die große Jahreszahlungen vonseiten der Schuldner an ihre Gläubiger verlange, gleichzeitig aber dem freien Güterverkehr Hindernisse in den Weg lege. Solange solche Hindernisse fortbeständen, müsse der Kapitalverkehr notwendigerweise das finanzielle Gleichgewicht der Welt stören.

Die Tagung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Bern hat mit einer Vorstandssitzung ihren Anfang genommen. Leipart und Graßmann nehmen von deutscher Seite an der Tagung teil.

Der schweizerische Ständerat genehmigte das vom Nationalrat bereits angenommene Abkommen mit Deutschland und Großbritannien zur Vermeidung von Doppelbesteuerung.

In einem Jahrmarkswagen verbrannten gestern bei Montargis (Frankreich) drei Kinder, die in Abwesenheit der Mutter mit Zündhölzern gespielt hatten.

Die Leiche des verstorbenen Zündholzkönigs Ivar Kreuger wird heute Nachmittag mit dem fahrplanmäßigen D-Zug von Paris zunächst nach Hamburg gebracht werden und von dort nach Schweden, wo wahrscheinlich ihre Einäscherung erfolgt.

Lloyd George hielt in London eine Ansprache, die in gewissem Sinne seine Rückkehr in das politische Leben darstellt. Er nahm zur auswärtigen Politik des Konzentrationskabinetts kritisch Stellung.

„Times" zufolge steht das britische Kabinett dem Donauplan Tardieus durchaus günstig gegenüber.

Laut „Times" hat die bulgarische Regierung in Paris formell mitgeteilt, daß Bulgarien an der geplanten Donauunion teilnehmen wolle.

Im irischen Landtag forderte Ministerpräsident de Valera die Abschaffung des Untertaneneides.

Das Wetter von heute und morgen

Ueberwiegend bewölkt aber zunächst ohne wesentliche Niederschläge, Temperaturen wenig verändert, leichte Nordostwinde.

Haussuchung bei den NSDAP-Geschäftsstellen in Preußen

Wie aus Berlin gemeldet wird, fanden heute in Preußen auf Anordnung des preußischen Ministers des Innern bei sämtlichen Geschäftsstellen und Gauleitungen der NSDAP Haussuchungen statt, um zu prüfen, ob bei diesen Stellen gesetzwidriges Propagandamaterial vorliegt.

500 000 Mark Fehlbetrag in Velbert.

Velbert, 17. März. Der Velberter Haushaltsplan weist einen ungedeckten Fehlbetrag von rund einer halben Million Mark auf. Dazu tritt noch ein Defizit aus dem Jahre 1931 in Höhe von mindestens 100 000 Mark. Die Ausgaben für den Wohlfahrtshaushalt belaufen sich allein auf 2 341 000 Mark. Selbst, wenn die Grundvermögenssteuer und die Gewerbelohnsummensteuer, die in Velbert noch unter dem Landessteuerdurchschnitt liegen, auf den Landesdurchschnittssatz erhöht und die Bürgersteuer von 250 auf 300 Prozent gesteigert würde, verbleibt ein ungedeckter Fehlbetrag von mindestens 300 000 Mark.

42 600 Arbeitslose im Saargebiet

Saarbrücken, 16. März.

Die letzte Statistik des Arbeitsamtes der Regierungskommission meldete am 2. März 1932 42 774 Arbeitslose im Saargebiet. Das bedeutet gegenüber der Vorberichtswoche eine Steigerung um 1000 Mann. Am 4. März 1931 wurden im Saargebiet 19 922 Erwerbslose gezählt.

Drei Bergleute verunglückt.

Eschweiler, 16. März.

Auf Zeche Bergaus geriet der erst seit acht Tagen dort beschäftigte Arbeiter Welter in eine Transmission. Mit schweren Arm- und Beinbrüchen wurde der Bedauernswerte ins Krankenhaus gebracht, wo er hoffnungslos daniederliegt. — Im unterirdischen Betrieb der Zeche Karl Alexander in Baesweiler wurde einem Arbeiter von einem Transportband der Arm bis zum Ellenbogen abgerissen. Ein anderer Bergmann geriet unter die Schüttelrutsche und trug erhebliche Verletzungen davon.

Harte Abstriche

Die Finanzlage der Provinz Westfalen.

Münster, 16. März.

Der Westfälische Provinzialausschuß trat zu einer Tagung zusammen, deren Hauptgegenstand der dem Landtag vorzulegende Bericht über die Finanzlage der Provinz und den Haushaltsplan für 1932 bildete. Der Zeitpunkt für den Zusammentritt des Provinziallandtages wird endgültig erst in den nächsten Tagen festgelegt.

Der Haushaltsplan für 1932 zeigt tiefe Spuren der Finanznot. Einschneidende Einnahmerückgänge auf der einen, stark erhöhte Mehrausgaben auf der anderen Seite geben dem neuen Haushaltsplan das Gepräge. Allein die Fürsorge für die Landeshilfsbedürftigen erfordert einen Mehrbetrag von 700 000 Mark. Die Einnahmerückgänge bei den Ueberweisungen von Reich und Staat schätzt die Provinzialverwaltung auf 5,175 Millionen Reichsmark. Der Ausgleich muß durch

ungewöhnlich harte Abstriche

an allen Positionen der Ausgabenseite zu erreichen versucht werden. Das Ergebnis dieser Streichungen ist, daß die tatsächlichen ordentlichen Ausgaben der Provinz im Vergleich zum Vorjahr von 72,6 Millionen Reichsmark auf 56,55 Millionen Reichsmark gesenkt sind. Die vorgesehenen Abstriche belaufen sich bei der allgemeinen Verwaltung auf 22 Prozent, dem Verkehrswesen auf 26,5 Prozent, der Wirtschaftspflege auf 11 Prozent, der Volksfürsorge auf 21 Prozent, der Kulturpflege auf 39 Prozent, der Finanzverwaltung auf 29 Prozent. Der ungedeckte Fehlbetrag von 7,85 Millionen muß durch die Provinzialumlage gedeckt werden.



Immer neue Bergstürze bei Cochem

Der sinkende Berg bei Cochem an der Mosel, der bereits seit zwei Jahren die Bevölkerung beunruhigt, stürzt wöchentlich um etwa 15 Zentimeter in sich zusammen. Täglich lösen sich schwere Gesteinsmassen und stürzen den Abhang in die Tiefe. Unsere Aufnahme gibt einen Blick auf die herabgestürzten Gesteinsmassen am Fuße des Berges — im Hintergrund die Burg Cochem

Der Ruhrsiedlungsverband

Einschneidende Verwaltungsorganisation beantragt.

Essen, 15. März.

Die 13. Vollversammlung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk stand unter dem Druck der schweren Wirtschaftskrise, von der insbesondere die Industriestädte und industriellen Werke des Ruhrgebiets so hart betroffen sind, daß sie sich außerstande sehen, die Umschlagbeiträge für den Ruhrsiedlungsverband noch weiter zu zahlen, wenn nicht ganz beträchtliche Ersparnisse bei dem Verbande gemacht werden.

Verbandspräsident Dr. Husker gab einen kurzen Ueberblick über die Wirkungen der Gegenwartskrise, soweit der Verband davon betroffen wird. Verbandsdirektor Dr. Schmidt verteidigte die Daseinsberechtigung des von ihm im wesentlichen geschaffenen Verbandes.

Die Verbandsversammlung beauftragt den Verbandsausschuß, im engsten Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde die Frage zu prüfen, in welcher Weise durch eine Aenderung des Aufbaues des Siedlungsverbandes der heutigen angespannten Finanz- und Wirtschaftslage Rechnung getragen werden kann. Insbesondere ist zu prüfen, ob sich nicht durch eine Zusammenfassung von Verbandspräsidium und Verbandsdirektorium unter anderer Gestaltung der Staatsaufsicht wesentliche Ersparnisse erreichen lassen. Auch ist das Verhältnis des Ruhrsiedlungsverbandes zu der provinziellen Selbstverwaltung zu prüfen.

Generaldirektor Wiskott von der Wirtschaftsgruppe, die Oberbürgermeister Dr. Bracht-Essen (Zentrumsgruppe) und Dr. Jarres-Duisburg (Kommunale Gruppe) sowie der Sprecher der SPD. Brüntinck-Gelsenkirchen betonten übereinstimmend die Notwendigkeit, den Siedlungsverband als selbständige Körperschaft zu erhalten, forderten aber ebenso nachdrücklich eine Verwaltungsreform. Gegen den Willen der SPD. und KPD. wurde die Neuwahl des Verbandsdirektors und des Ersten Beigeordneten Rappaport vertagt. — Wie von informierter Seite mitgeteilt wird, wäre die Aussicht, die Wiederwahl des Verbandsdirektors in der Vollversammlung durchzusetzen, gering gewesen. Der Haushaltsplan, der auf der Voraussetzung beruht, daß die Umlage 3,16 Millionen Reichsmark erbringen wird, wurde angenommen mit der Maßgabe, daß zunächst nur acht Zehntel dieser Umlage eingezogen werden sollen. Im Sommer soll eine zweite Vollversammlung des Verbandes stattfinden.

Kölner Häute- und Fellemarkt vom 16. März.

(Die Preise sind ausschließlich Großhandelspreise für erste Sortimente. Spezialsortimente sind nicht einbegriffen.)

Großviehhäute. Ochsen, Kühe, Rinder, Bullen bis 29 Pfd. Klasse I —, Klasse II 0,20 bis 0,26, do. von 30—49 Pfund 0,22—0,37, 0,18 bis 0,28, Ochsen, Kühe, Rinder von 50—69 Pfd. 0,25 bis 0,40, 0,18—0,28, do. von 70 Pfund und mehr 0,27—0,40, 0,18—0,28, Bullen von 50 bis 79 Pfd. 0,18—0,24, 0,16—0,22, do. von 80 Pfd. und mehr 0,18—0,24, 0,15—0,18. Fresserselle, gesalzen je nach Qualität, Herkunft und Schlachtung 0,20 bis 0,26, Kalbfelle, do. 0,27—0,38 Reichsmark für 1 Pfund Frischgewicht. Roßhäute, gesalzen, bis 219 Zentimeter lang 3—5, do. lang aufwärts 220 Zentimeter 7,5—9 Reichsmark für 1 Stück. Stimmungsbericht: Die Nachfrage hat sich etwas freundlicher gestaltet.

Kölner Ledermarkt

(Die Preise sind ausschließlich Großhandelspreise für erste Sortimente. Spezialsortimente sind nicht einbegriffen.)

Eichenlohg. Rhein. Sohlleder in Hälften 3,70 bis 4,20, do. in Kernstücken 5,30—6, Zahm-Vacheleder in Hälften 2,30—2,75, do. in Kernstücken 4,05—5,10, Wild-Vacheleder in Hälften 2—2,65, do. in Kernstücken 3,40—4,80, Wild-Vachehälse 2—2,40, Wild-Vacheseiten 1,10—1,50, Spalte, lohgar, lissiert in Kernstücken 1,20—2, Blankleder in Hälften, braun 2,80—4,50, Riemenlederkernstücke, kurzgeschnittene 3,65—6,00 Reichsmark für 1 Kilogramm. Vachetten, gewöhnliche Sorten 5,50—11,00 Reichsmark für 1 Quadratmeter effektives Maschinenmaß. Besondere Qualitätsleder in Zahm- und Wildvacheleder brachten bis 10 Prozent mehr. — Stimmungsbericht: Trotz vorliegenden Bedarfes sind die Umsätze infolge des schlechten Geldeinganges unbefriedigend.

Geschäftliches

Was soll ich heute kochen?

Ein oft gehörter Stoßseufzer vieler Hausfrauen, den unsere fortschrittliche Zeit nun ebenfalls in den überlebten Wortschatz der Vergangenheit verwiesen hat. Heute beginnt die Hausfrau sorgenlos ihren Tag. Sanne und Ella, die klugen Hausfrauen, werden ihr zeitig genug raten, was und wie sie kochen soll. Viele praktische Winke haben sie bereits gegeben, viel Wissen über neues Kochen vermittelt. Ihr bester Rat aber ist: nimm Sanella zu allem! Als Brotaufstrich, zum Kochen, zum Braten und zum Backen. Sie ist nahrhaft, wohlschmeckend und bekömmlich.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. der Unterhaltungsbeilage

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10

Zwangs-Versteigerung

Am **Freitag, den 18. März 1932,** nachmittags 4 Uhr sollen zu **Burscheid,** an Ort und Stelle (Käufer Gasthaus Ohmann)

1 Klavier für elektrischen Betrieb

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Stürmer,
Obergerichtsvollzieher in Opladen.

Der grosse Karner

ROMAN

VON

WOLFGANG MARKEN

1

Die Börse stand Kopf.

Man hatte schon manche Hausse erlebt, aber das wahnsinnige Steigen der Aktien der Großdeutschen Elektrischen Werke in Berlin-Tempelhof stellte alles in den Schatten.

Binnen dreier Tage hatten sie ihren Kurs verdreifacht.

Man wußte, daß die Spekulation von dem Bankhaus Barker, Philipp & Smith in der Jägerstraße ausging, aber es war weder von den Chefs noch hintenherum durch die Angestellten der Firma Näheres zu erfahren. Die Konzerne, die man in der Tagespresse als die mutmaßlichen Auftraggeber nannte, dementierten energisch.

Alles tappte völlig im Dunkeln.

Keiner traute sich recht, mit der Spekulation zu gehen. Selbst die alten Börsenroutiniers, die sonst jeder Situation gewachsen waren, die Leute mit den anerkannt guten Nasen hatten keinen rechten Mut.

Jedenfalls war die Spannung groß, und man wartete begierig, endlich zu erfahren, wer hinter dieser Spekulation stand und was sie eigentlich zu bedeuten habe.

* * *

Die Großdeutschen Elektrischen Werke lagen in Berlin-Tempelhof und waren mit ihrem Aktienkapital von zwei Millionen Mark eine mittlere Gesellschaft, die aber sehr gut beschäftigt war. Die Belegschaft betrug rund siebenhundert Mann.

Als sich an der Börse die Spekulation der Aktien des Werkes bemächtigte, wurde der gerade auf Reisen befindliche Generaldirektor Brauer sofort zurückgerufen, und der Aufsichtsrat, ebenso fassungslos wie das Direktionskomitee, konferierte lange mit ihm. Aber nutzlos, zwecklos, denn keiner wußte eigentlich, was los war. Nur soviel war sicher, daß die Aktien der Gesellschaft ziemlich restlos in einer Hand sein mußten. Man beriet daher, wie man sich der neuen Machtposition gegenüber verhalten wolle. Nach dreistündiger Auseinandersetzung trennte sich der Aufsichtsrat.

Der Generaldirektor blieb mit den Direktoren von Großmann und Harpers zusammen, um einige interne Betriebsangelegenheiten mit ihnen durchzusprechen.

* * *

Die Seele des Unternehmens war der Oberingenieur Hans Hallenbach, ein junger hünenhafter Mann, Anfang der Dreißig, der von früh bis spät schaffte und die Belegschaft des Werkes durch seine Persönlichkeit zusammenhielt und mitriß.

Der Oberingenieur stand eben bei dem Werkmeister Carl, der ihm mit verängstigter Miene mitteilte, Direktor von Großmann habe durchgesetzt, daß Carl entlassen werde.

Hallenbach nickte und blieb ruhig, obwohl er innerlich vor Wut kochte.

Er zwang sich aber und ließ den Werkmeister nichts spüren, sagte jovial zu ihm: „Lassen Sie sich nur nicht bange machen, lieber Carl. Schließlich habe ich noch ein paar Worte mitzureden. Sie sind mir eine zuverlässige gute Kraft, und wenn sich Herr von Großmann in seiner Ehre gekränkt fühlt, weil Sie schlauer waren als er, weil Ihre Abteilungsorganisation vorbildlich ist, dann soll ihn der Teufel holen. Schließlich kommt es noch so weit, daß wir an die Luft gesetzt werden, wenn wir etwas Gescheites machen. Nee, nee, lieber Carl, soweit schreibt die Kreide nicht!"

Die offen Worte seines Vorgesetzten empfand der Meister dankbar. Er wußte, daß Hallenbach keinen im Stiche ließ.

„Aber der Herr Generaldirektor . . .?" fragte er dann ängstlich. „Herr von Großmann hat großen Stand bei ihm."

Hallenbach lachte kurz auf und sah dem Meister prüfend ins Gesicht, klopfte ihm dann auf die Schulter und sagte wie selbstverständlich:

„Wenn Sie hier entlassen werden, lieber Carl, dann gehen wir zusammen. Sie wissen, daß ich nicht scherze."

Das war ein Wort!

Der Meister wußte, was Hallenbach damit sagte. Hochachtung ohne gleichen erfüllte ihn.

„Ich danke Ihnen, Herr Hallenbach!" sagte er in einem Ton, in dem sich grenzenlose Ergebenheit und Bewunderung einten. „Jetzt bin ich beruhigt!"

Hallenbach schüttelte ihm die Hand und schritt dann durch den Saal nach seinem Arbeitszimmer.

Carl aber traf den Meister Schurmann, einen kleinen beweglichen Herrn mit gutmütig-pfiffigen Augen.

Schurmann hielt ihn an, fragte zwinkernd: „Nun . . . Carl?"

Carl mochte Schurmann nicht leiden, denn er traute dem Kollegen nicht. Er fühlte in diesem Augenblick das Bedürfnis, ihm eins auszuwischen.

„Ich bleibe, Schurmann!"

„So! Gratuliere! Hätte es nicht gedacht! Kenne doch Großmann genau. Hat Hallenbach mit ihm gesprochen?"

„Nee! Er hat mir aber eben gesagt: Wenn ich entlassen werde, dann geht er auch. Und was Hallenbach saat, das steht. Da kennst du ihn doch!"

Schurmann war verblüfft und packte Carl am Arm.

„Das hat der Hallenbach gesagt? Donnerwetter noch mal! Da kannst du wirklich stolz sein! Donnerwetter!"

Seine Worte trieften vor Hochachtung und Neid. Die Meister trennten sich, und . . . bereits nach einer Viertelstunde erhielt Direktor von Großmann einen Zettel ins Konferenzzimmer geschickt. Auf dem stand zu lesen: „Hallenbach hat erklärt, daß er seine Position aufgibt, wenn Carl entlassen wird."

Großmann grinste. Das paßte ihm wunderbar.

* * *

Als Hallenbach in sein Arbeitszimmer trat, fand er eine elegante junge Dame vor, die auf ihn wartete und den Ueberraschten mit einem hellen Lachen begrüßte. Es war Elvira Brauer — „la belle Elvira", wie man sie nannte — die Tochter des Generaldirektors.

„Guten Morgen, gnädiges Fräulein!" grüßte Hallenbach förmlich.

„Guten Morgen, Herr Oberingenieur. So förmlich? Oh, wie haben Sie sich verändert. Früher waren Sie netter."

Sie blickte ihn mit spöttischem Lachen an und setzte sich, ohne seine Einladung abzuwarten.

Hallenbach folgte ihrem Beispiel und sah der schönen Elvira offen in das gepuderte und geschminkte Gesicht. Er nahm ihren leichten Ton auf und antwortete liebenswürdig: „Gewiß, ich war früher netter."

„Warum denn jetzt nicht mehr?"

„Warum? Das wissen Sie genau. Früher war ich einmal in „la belle Elvira" verliebt. Sie sehen, ich bin sehr offen."

„Und heute . . .?" Sie fragte ganz leichthin, aber es war mehr in dem Ton, als er verriet.

„Heute ist das vorüber."

„Wirklich, Herr Oberingenieur?"

„Alles!" Er sprach so sicher und bestimmt, daß sie zusammenfuhr. „Alles, gnädiges Fräulein, denn . . . ich kann mich mit anderen nicht in eine Frau, die ich liebe, teilen."

Sie lachte kurz auf. Ihr Lachen klang gewollt, gesucht.

„Ich bin nicht zu Ihnen gekommen, Herr Hallenbach, um mit Ihnen darüber zu sprechen. Ich möchte Ihnen, der früher so nett zu mir war, einen Gefallen tun."

„Sehr liebenswürdig, meine Gnädigste!"

„O, nehmen Sie es nicht so leicht. Es handelt sich um Ihre Existenz, mein Freund."

„Das wird immer interessanter. Bitte, reden Sie weiter!"

Seine leichthingeworfenen Worte kränkten sie. Schon machte sie Miene, die Unterhaltung abzubrechen, besann sich aber doch eines anderen.

„Der Werkmeister Carl soll entlassen werden," sagte sie.

Er sah sie erstaunt an. „Das wissen Sie? Das ist wirklich interessant. Er soll . . . aber er wird nicht entlassen werden."

„Sie treten also für den Werkmeister ein? Ich dachte es doch. Sie hatten immer ein Faible für den . . . wie soll ich sagen?"

„Für den Mitmenschen! Sagen Sie es nur! Sie tun mir damit eine Ehre an."

„Ganz recht, für den . . . wie sagten Sie so schön? . . . für den Mitmenschen. Nun, ich bin gekommen, Sie zu warnen. Setzen Sie sich diesmal nicht . . . für den Mitmenschen ein. Oder sind Sie sicher, daß Sie die Absicht Ihres Direktors umzustoßen vermögen?"

„Was heißt sicher! Ich werde es nicht zugeben. Will aber der Herr Generaldirektor unter allen Umständen, daß hier einem meiner Leute so offensichtlich Unrecht angetan wird, dann werde ich mit diesem Manne zusammen die Werke verlassen. Das ist bestimmt."

Sie erschrak bei seinen Worten.

„Ist der Werkmeister . . . so tüchtig?"

„Gewiß ist er das! Es käme mir aber auch nicht darauf an, für den einfachsten Arbeiter genau so einzutreten. Mir soll keiner nachsagen können, daß ich ein Hundsfott bin."

„Aber, Herr Oberingenieur, wenn es sich doch um die eigene Existenz handelt?" Unsicherheit war in ihrem Ton.

„Meine Gnädigste, ich bin kein alter hinfälliger Mann, bei dem eine Feigheit zu entschuldigen wäre. Ein Kerl wie ich kommt überall durch, und wenn er als Steineklopfer gehen müßte."

Sie verstand ihn nicht.

„Sie wollen mich nicht verstehen, Herr Hallenbach. Sie leben doch in einer gesellschaftlichen Sphäre, die man nicht ohne weiteres aufgibt."

„Sie irren! Daran liegt mir nichts."

Sie schwieg für einige Augenblicke und mühte sich, ihre Ueberlegenheit wieder zu gewinnen. Aber sie war der Situation nicht gewachsen.

„Herr Oberingenieur, ich weiß bestimmt, daß sich mein Vater unter keinen Umständen bereit finden wird, die von Herrn Direktor von Großmann ausgesprochene Entlassung des Werkmeisters zurückzuziehen. Sie müssen dann mit Ihrer eigenen Entlassung rechnen. Vermeiden Sie das doch bitte. Der Werkmeister ist schließlich in einer anderen Firma unterzubringen."

Sehr ernst sah Hallenbach das Mädchen an und schüttelte den Kopf.

„Das geht nicht! Sie wissen nicht, um was es sich handelt. Ich danke Ihnen für die Warnung, die Sie mir zukommen ließen. Im übrigen ist das eine Sache, die zwischen Männern erledigt werden muß."

„Ich weiß, Sie hassen es, wenn wir Frauen in den geschäftlichen Kram hineinreden."

„Ich kann es nicht leugnen," sagte er kalt.

Brüsk erhob sich Elvira. Sie schritt grußlos zur Tür und wandte sich noch einmal um.

„Sie werden an Ihrer eisernen Konsequenz noch einmal scheitern, Herr Hallenbach."

„Vielleicht im gesellschaftlichen Leben! Im Leben, im wirklichen Leben bestimmt nicht. Leben ist Kampf, meine Gnädige, nicht . . . Genuß."

* * *

Hallenbach war zu Generaldirektor Brauer gebeten worden.

Er fand im Konferenzzimmer außer Brauer die Direktoren Harpers und von Großmann vor, sowie des Generaldirektors Privatsekretär, Burgel, einen kleinen verwachsenen Mann mit hochintelligentem Gesicht.

Der letztgenannte war der einzige, der Hallenbach mit einem freundlichen Blick grüßte. Der breite, glattrasierte Generaldirektor, ein Mann in den Fünfzigern, der aristokratische Direktor von Großmann mit dem elegantgeschnittenen Spitzbart und Harpers, ein Mann Ende der Dreißig mit schlappen, weichlichen Zügen, der ein guter Kaufmann war, begrüßten ihn sehr kühl.

Hallenbach nahm Platz und wartete der Dinge, die da kommen sollten.

Der Generaldirektor begann: „Herr Oberingenieur Hallenbach, ich habe Sie zu dieser Aussprache bitten lassen, weil der Fall des Werkmeisters Carl mir Veranlassung gibt, mich mit Ihnen über einige prinzipielle Fragen auseinanderzusetzen."

Hallenbach verbeugte sich kurz.

„Herr Direktor von Großmann hat die Entlassung aussprechen müssen, und ich habe sie bestätigt. Es geht nicht, daß ein Werkmeister anders als der leitende Direktor disponiert, selbst wenn Sie es nachträglich gutheißen. Es geht einfach nicht! Wohin sollen wir kommen! Auch Sie selbst, Herr Oberingenieur Hallenbach, haben sich des öfteren Dispositionen angemaßt, die nicht in Ihr Ressort fallen. So geht das nicht weiter! Bitte äußern Sie sich, wie Sie das abzustellen gedenken."

Um Hallenbachs Mund zuckte es wie Spott. Er sah, wie vier Augenpaare gespannt auf ihn gerichtet waren.

„Herr Generaldirektor, Sie haben recht. So geht es nicht weiter. So wie es jetzt ist, ist der Zustand eine bodenlose Schweinerei."

Die Vier zuckten unter dem derben Worte zusammen.

„Ich bin von Ihnen als technischer Leiter engagiert," fuhr Hallenbach fort. „Aber ich muß alles machen. Ich sage nichts gegen Sie, Herr Direktor Harpers. Wir haben keine Differenzen miteinander, und ich bin der Ueberzeugung, daß Ihr Kram restlos klappt. Aber mit der Leitung der Herrn von Großmann und auch mit Ihnen, Herr Generaldirektor, kann ich mich nicht einverstanden erklären."

Der Generaldirektor schlug mit der Faust auf den Tisch.

„Herr Hallenbach, was soll das heißen?"

„Das soll heißen, daß ich Ihnen einmal die nüchterne Wahrheit sagen möchte. Ich habe Ihrer völlig unbegründeten Anschuldigung ruhig zugehört. Meine Wahrheiten will ich begründen."

Der Generaldirektor biß sich ärgerlich auf die Lippen, aber er schwieg, denn die Sicherheit des Mannes frappierte ihn.

Hallenbuch fuhr fort, ruhig und unerbittlich:

„Sie werfen mir vor, Herr Generaldirektor, daß ich in meinen Dispositionen zu weit gehe. Ich leugne es nicht. Es ist an dem. Ich würde es aber nicht tun, wenn Sie mir einen Direktor zum Zusammenarbeiten hinsetzten, der wirklich etwas kann und der von achtundvierzig Arbeitsstunden nicht nur zehn da ist."

Die Vier starrten entgeistert auf den kühnen Sprecher. In Herrn von Großmanns Aristokratengesicht spiegelte sich maßlose Wut und Schreck. Er wollte aufbrausen. Aber der Generaldirektor gab ihm einen Wink.

„Sie behaupten also, daß Herr Direktor von Großmann seinem Posten nicht gewachsen ist, Herr Oberingenieur?"

Hallenbach nickte.

„Allerdings, das behaupte ich. Wenn Sie ab und zu einmal in den Betrieb gucken würden und nicht immer auf Reisen wären, dann wüßten Sie, daß die geschäftlichen Qualitäten des Herrn von Großmann gleich Null sind."

Ehrlich grob kam es heraus.

Es dauerte eine Weile, ehe Herr von Großmann herausprudelte: „Ich verbitte mir Ihre unverschämten Ausführungen!"

Der Generaldirektor sah kopfschüttelnd auf Hallenbach. Harpers und der Sekretär verbissen ein Lachen.

„Ich muß sagen, Sie sind sehr . . . sehr offen, Herr Oberingenieur Hallenbach," nahm der Generaldirektor die Auseinandersetzung wieder auf.

„Das bin ich immer! Wollen Sie weiter hören?"

„Sprechen Sie!"

„Bitte, beantworten Sie mir die Fragen: Sind Sie mit meiner technischen Leitung zufrieden gewesen oder nicht? Hat der ganze Kram restlos geklappt oder nicht? Ist Ihre Belegschaft trotz meiner sprichwörtlichen Arbeiterfreundlichkeit nicht wohldisziplinierter? Was haben Sie sonst noch auszusetzen? Mit was sind Sie unzufrieden?"

Der Generaldirektor runzelte die Stirn.

„Zunächst mit Ihrer Sprache, Herr Oberingenieur."

„An meine Offenheit werden Sie sich gewöhnen müssen," erklärte Hallenbach mit Bombenruhe, „wenn ich weiter in Ihrem Betrieb arbeiten soll. Und wenn Sie die Ungerechtigkeit auf sich nehmen und entlassen heute den Werkmeister Carl, dann verlasse ich mit ihm die Großdeutschen Elektrischen Werke."

„So, Herr Hallenbach!" höhnte Direktor von Großmann. „Sie sind sehr leichtsinnig mit Ihrer Existenz."

„Das ist meine Sache, Herr von Großmann!" sagte Hallenbach so bestimmt, daß dem Direktor vor Aerger das Blut in die Wangen stieg.

Der Generaldirektor war sehr ernst geworden.

„Ueberlegen Sie sich, was Sie sagen, Herr Oberingenieur. Ich verkenne Ihre Tüchtigkeit nicht, aber es ist jedermann zu ersetzen. Schließlich geht mir auch einmal die Geduld aus. Der Werkmeister wird entlassen."

„Der Werkmeister bleibt!" Hart schlug Hallenbachs Faust auf den Tisch. „Wenn Sie ihn entlassen, dann gehe ich mit ihm."

Auch der Generaldirektor hatte sich, Hallenbachs Beispiel folgend, erhoben.

Die Augen der anderen hingen an seinen Lippen. Ganz blaß war er geworden.

Es ging um sein Prestige!

Sehr ruhig antwortete Brauer: „Gut, wenn Sie mir die Pistole auf die Brust setzen. Ich bin mit Ihrer Entlassung . . . einverstanden. Wann wollen Sie gehen?"

„Heute!" sagte Hallenbach ungestüm. „Zusammen mit Werkmeister Carl, wie ich es sagte. Herr von Großmann wird sicher für den geeigneten Ersatz sorgen, und während des Interregnums muß er eben einmal selber arbeiten."

Eine kurze Verbeugung.

Hallenbach verließ das Zimmer.

Als er im Vorzimmer stand, atmete er erst einmal tief auf. Es war ihm zumute, als habe er eine schwere Bürde abgeworfen und wolle nun als freier und froher Mensch in die Sonne wandern.

„Herr Hallenbach!"

Der gewesene Oberingenieur schrak zusammen, blickte nach der Richtung, aus der das Wort gekommen war.

Richtig! Dort am Tisch saß ein schlanker Mann mit einem geistvollen Gesicht, das von vornherein Hochachtung abnötigte. Klare und kluge Augen trafen den Oberingenieur.

„Hallenbach! Ganz recht! Bis jetzt Oberingenieur der Großdeutschen Elektrischen Werke, zur Zeit arbeitslos. Womit kann ich Ihnen dienen?"

Voll Galgenhumor, nur ohne den bitteren Unterton sprach Hallenbach. Der Mann am Tisch war aufgestanden. Er lächelte fein, sympathisch.

„Sie haben den Humor nicht verloren! Das ist recht und freut mich. Ich hörte Ihr ziemlich lautes Gespräch mit an. Sie haben richtig gehandelt."

Das Wort tat wohl.

„Besten Dank! Es mußte so sein! Ich bin vielleicht in den Augen manches Mitmenschen übergeschnappt, aber für mich gibt es eben doch Grenzen, über die ich als anständiger Mensch nicht hinwegkann. Ich freue mich, daß Sie mich verstehen."

Der Fremde nickte.

„Nicht nur das! Ich möchte Sie engagieren, Herr Hallenbach."

Ruhig und sachlich sprach der Fremde, und seine klugen Augen suchten Hallenbachs Blick.

Hallenbach sah ihn verblüfft an.